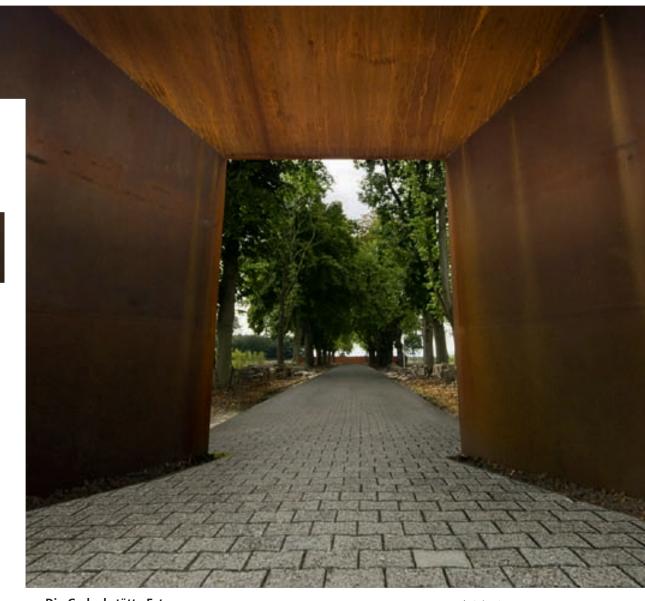
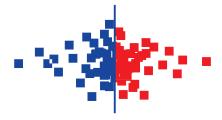
## Gegen Vergessen IR DEMOKRATIE

Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Die Gedenkstätte Esterwegen	ab Seite 04
Polizeiausstellung in Bremen	ab Seite 08
Interviews mit Überlebenden von Theresienstadt	ab Seite 12



Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.



#### Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie,

liebe Freundinnen und Freunde,

Es war ein sehr herzlicher und feierlicher Empfang, der uns während unserer Mitgliederversammlung im Bremer Rathaus bereitet wurde. Und es war schön, meinen Vorgänger im Amt des Vorsitzendenden, Hans Koschnick, wiederzutreffen der es sich nicht nehmen ließ, im Festsaal des Rathauses dabei zu sein. Der krönende Schlussakt der Mitgliederversammlung war die Verleihung des "Waltraud-Netzer-Jugendpreises" und des Preises "Gegen Vergessen - Für Demokratie" in der Bre-

Oft habe ich in den letzten Tagen über den eindringlichen Appell unseres Preisträgers Rafik Schami nachgedacht, den Kampf der syrischen Opposition für Demokratie und Menschenrechte nicht zu vergessen. Auch die Preisträger des Jugendpreises, die Jugendlichen des Projektes "Mölln nach Mölln", die sich intensiv mit den Brandanschlägen auf zwei von türkischen Familien

mischen Bürgerschaft.

bewohnten Häusern in Mölln im Jahr 1992 beschäftigt haben, sind mir angesichts der Nachrichten über den rechtsextremen Terrorismus in den letzten Wochen und Monaten nachhaltig in Erinnerung geblieben. Die nun bekanntgewordenen Verbrechen der Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" zeigen einmal mehr, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus als eine langfristige gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen werden

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. leistet in diesem Feld durch das Engagement der Mitglieder, durch die Aktivitäten der Regionalen Arbeitsgruppen und mit der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus seit Jahren einen wichtigen Beitrag. Dass wir in diesem Jahr am 24. November im thüringischen Erfurt unsere Mitgliederversammlung abhalten werden, ist auch ein Zeichen, dass wir in unseren Bemühungen

hier nicht nachlassen werden. Dass es uns aber nicht nur mit dem Kampf gegen Extremismus und gegen Vergessen ernst ist, zeigte auch die Mitgliederversammlung in Bremen, auf der wir wie schon in Stuttgart das Thema der Demokratiestärkung durch mehr Bürgerbeteiligung heftig diskutiert haben. Auch mit diesem Thema sind wir längst nicht durch, in Berlin werden wir am 21. April eine weitere Tagung dazu organisieren und auch in unserer Zeitschrift werden wir immer wieder darüber schreiben, weil Demokratie nichts ist, was einfach so passiert, sondern vom Mitmachen und Anteilnehmen lebt.

Foto: Reto Klar

Joachim Gauck

Am 21. April 2012 findet in Berlin eine weitere Tagung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zum Thema Demokratie und Bürgerbeteiligung statt. Tagungsort ist von 9-17 Uhr die Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Am Vorabend (Freitag, 20. April 2012) besteht die Möglichkeit, um 18 Uhr an einer Führung durch die innovative Ausstellung 7xjung von Gesicht zeigen e.V. (S-Bahnhof Bellevue) teilzunehmen. Für einen geselligen Austausch sind im Anschluss Plätze in einem Restaurant reserviert. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie an dieser Tagung teilnehmen. Das genaue Programm erscheint in Kürze auf der Homepage der Vereinigung. Bitte teilen Sie der Geschäftsstelle kurz mit, wenn Sie an dieser Veranstaltung interessiert sind. Dann können wir Ihnen alle weiteren Informationen auch per Email oder postalisch zukommen lassen.

Die Mitgliederversammlung 2012 wird am 24. November im Barocksaal der Staatskanzlei in Erfurt abgehalten, am 25. November findet die Verleihung des Preises Gegen Vergessen – Für Demokratie und des Waltraud-Netzer-Jugendpreises statt.

#### **Inhaltsverzeichnis**

#### Die Themen in dieser Ausgabe













П	h		m	1
		C		

Die Gedenkstätte Esterwegen	04
Polizeiausstellung in Bremen	08
Interviews mit Überlebenden von Theresienstadt	12
Die neue Dimension des Rechtsterrorismus	14
Online-Beratung	16
Holocaustleugnung	20

#### Für mehr Demokratie

Politische Kommunikation – oder Wie sage ich es den Bürgern?	24
Verantwortliche Teilhabe in Politik und Gesellschaft	2

#### **Aus unserer Arbeit**

witgliederversammung in Bremen	20
Erzählen als Ausdruck von Freiheit	29
Spurensuche. Lokal- und Regionalgeschichte als Migrationsgeschichte	30
Tagung "Gedenkstättenarbeit und Zeitzeugeninterviews"	32
RAG Rhein-Main, Sektion Südhessen – Anne Frank	33
RAG Rhein-Main, Sektion Südhessen – Vom Wert der Geschichten	34
RAG Baden-Württemberg – "Wir sind wandelnde Mahnmale"	35
RAG Hamburg – Gedenken an Carl von Ossietzky	36

#### Namen und Nachrichten

Walter Pehle und die "Schwarze Reihe" / Eberhard Diepgen wurde 70	38
Virtueller Informations- und Gedenkort / Denkzeichen für Georg Elser in Berlin	39
Geschichtsmesse Suhl	40

#### Rezensionen

Helmut Lölhöffel:	"Der deutsche Patriot"	41
-------------------	------------------------	----

#### Medien

42

#### Kalender

Veranstaltungen	41
Veransiallinnen	Δ.

#### Allgemeines

Vorstand & Beirat // Fotonachweise // Impressum	46
RAG Anschriften	47

## Die Gedenkstätte Esterwegen

Ein europäischer Gedenkort im niedersächsischen Landkreis Emsland



#### "Die Gedenkstätte soll als Institution des demokratischen Gedächtnisses helfen, dass die Erinnerung an die schrecklichen Geschehnisse ihre orientierende Funktion behält" (Prof. Dr. Bernd Faulenbach)

#### Andrea Kaltofen

Am 31. Oktober 2011 eröffnete die Stiftung Gedenkstätte Esterwegen am Ort des ehemaligen Konzentrations- und Strafgefangenenlagers Esterwegen die Gedenkstätte Esterwegen. Sie erinnert aber nicht nur an diesen authentischen Lagerort, sondern an die insgesamt 15 Lager im Emsland, in denen zwischen 1933 und 1945 über 200.000 Gefangene litten. Mehr als 25.000 von ihnen starben, an Krankheiten, Überanstrengung, an den Haftbedingungen mit schlechter Ernährung, Kleidung und Unterbringung und schwerer Arbeit, aber auch durch unmittelbare Gewalt, von schweren Misshandlungen bis hin zum Mord. "Auf der Flucht" erschossen, so wurden die Morde oft verharmlost.

Mit der Eröffnung der Gedenkstätte fand eine fast zehnjährige Vorbereitungszeit ihren Abschluss. Im Sommer 2001 hatte die Bundeswehr signalisiert, ihr 1963 auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrations- und Strafgefangenenlagers Esterwegen eingerichtetes Depot für Bekleidung, ab 1974/75 für Verpflegung und ab 1984/85 für eine Reserve-Lazarett-Gruppe aufzugeben. Der Landkreis Emsland erkannte die sich dadurch bietende Chance zur Errichtung einer Gedenkstätte an diesem historisch schwer belasteten Ort von hohem Bekanntheitsgrad (bis zur Namensnennung in der Gedenkstätte Yad Vashem) und bemühte sich unverzüglich und erfolgreich um die Übertragung des Geländes mit der Selbstverpflichtung der Errichtung einer Gedenkstätte und der Übernahme der Kosten des späteren laufenden Betriebs.

Nach umfangreichen Vorarbeiten zur Forschungsgeschichte der Emslandlager, zur speziellen Geschichte des Lagers Esterwegen, nach Ausgrabungsarbeiten zur Freilegung historischer Relikte als historischen Sachzeugen für die Authentizität des Ortes auf dem oberiridisch von Bauresten aus der NS-Zeit freien ehemaligen Lagergelände im Rahmen von internationalen Workcamps mit jungen Erwachsenen konnte 2006 der vorläufige Gedenkstättenbetrieb aufgenommen werden. Seither (und auch während der folgenden Bauarbeiten ab 2009) konnten Besucher das Lagergelände auf einem mit zwölf großformatigen Informationstafeln ausgestatteten Rundweg besichtigen. Die öffentlichen Führungen wurden im Regelfall von den Gedenkstättenpädagogen des seit bereits 25 Jahren bestehenden "Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager e.V." (DIZ) in Papenburg/Ems übernommen, das inzwischen seinen Standort in Papenburg aufgegeben hat und als Kooperationspartner der 2007 vom Landkreis Emsland errichteten Stiftung Gedenkstätte Esterwegen nun in Esterwegen gedenkstättenpädagogische Arbeit leistet.

Mit der Errichtung der Stiftung Gedenkstätte Esterwegen übertrug der Landkreis Emsland als Stiftungskapital das ehemalige Lagergelände und auch das inzwischen von ihm erworbene nördlich angrenzende Areal mit den Gebäuden des aufgelassenen Bundeswehrdepots, wo seinerzeit der von Häftlingen für die SS errichtete Sportplatz und das Freibad mit 10-Meter-Sprungturm sowie die Gleisanlagen der Moorbahn gelegen hatten.

Mit der Bewilligung der Förderanträge, die die Stiftung Gedenkstätte Esterwegen Ende 2007 bei Bund und Land Niedersachsen gestellt hatte, waren 2009 dann auch die finanziellen die Voraussetzungen zur Errichtung der Gedenkstätte geschaffen worden. Die Gesamtkosten von 5,82 Mio Euro trugen neben dem Bund mit über 2,5 Mio Euro und dem Land Niedersachsen (über seine Stiftung niedersächsische Gedenkstätten in Celle) mit 1 Mio Euro der Landkreis Emsland mit mehr als 1,2 Mio Euro und die Stiftungen Niedersachsen, die Niedersächsische Sparkassenstiftung, die VGH-Stiftung und die Emsländische Sparkassenstiftung.

Zum Vorsitzenden des Stiftungsrates wurde Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Bochum, berufen, zum Stellvertreter Dr. Peter Fischer vom Zentralrat der Juden Deutschlands. Dem Stiftungsrat und der später von ihm gebildeten Ausstellungsfachkommission gehörten u.a. Prof. Bernd Walter, Münster, Prof. Alfons Kenkmann, Leipzig, Prof. Inge Marszolek, Bremen, Prof. Günter Morsch, Oranienburg/Berlin, sowie die Sprecher der RAG Hannover von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Winfried Wiedemann und Albrecht Pohle, an.





#### Die Landschaftsgestaltung

Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrations- und Strafgefangenenlagers wurde in den Jahren 2009 und 2010 ein Landschaftsgestaltungskonzept des Büros WES und Partner, Hamburg, mit Hanns-Hermann Krafft, Berlin, verwirklicht, das auf fünf Grundelementen beruhte:

- Der Konkretisierung topographischer Merkmale und ihrer Bedeutung für die Lagergeschichte durch die Übersetzung der für Unterdrückung, Monotonie, Isolation, Terror, Zwangsarbeit, Folter und Tod stehenden Baulichkeiten des Lagers Esterwegen wie Ummauerung, Tore und Wachtürme durch zweidimensionale Stahlscheiben,
- der dreidimensionalen Visualisierung der Häftlingsbaracken durch Nutzung eines Baumaufwuchses aus den 1970er Jahren, der die Abwesenheit der Gebäude durch stehen gelassene Bäume ("Baumpakete") interpretiert und gleichzeitig die fast 40jährige Präsenz der Bundeswehr an diesem Ort dokumentiert,
- der Überdeckung des Häftlingslagerareals mit rotbraunem Lavaschotter, der eine vegetationslose braune Moorlandschaft assoziiert, die seinerzeit von den Häftlingen In Zwangsarbeit kultiviert werden musste,
- der Einbeziehung von dauerhaft freigelegten (und gesicherten) ausgewählten historischen Relikten, insbesondere der ehemaligen Lagerstraße als damaligem Appellplatz und Ort öffentlicher Bestrafungen, in sog. "Zeitfenstern", also Blicköffnung in den historischen Untergrund und
- der direkten Einbeziehung eines Moores in der unmittelbaren Umgebung der Gedenkstätte stellvertretend als Ort der Zwangsarbeit und historisch betrachtet als Ausgangspunkt einer Entwicklung, die später in der "Vernichtung durch Arbeit" gipfelte.

#### Das Besucherinformationszentrum

Mit dem Neubau eines Foyers zwischen den beiden Bestandshallen aus den 1970er Jahren, mit den Umbaumaßnahmen in diesen Hallen, mit der Einrichtung der Seminar-, Bibliotheks-, Archiv- und Büroräume sowie mit der Gestaltung der Dauerausstellung "Die Hölle im Moor, Gewalt und Verfolgung in den Emslandlagern 1933 bis 1945" und der Ausstellung zur Nachgeschichte wurde das Architekturbüro Hans Dieter Schaal, Attenweiler, beauftragt.

Die Dauerausstellung "Die Hölle im Moor" zeigt die Geschichte des zwölf Jahre währenden Systems der 15 Emslandlager: Die Geschichte der frühen, bereits im Sommer 1933 als Barackenlager errichteten Konzentrationslager des preußischen Staates in Börgermoor (von wo das berühmte "Moorsoldatenlied" stammt), Esterwegen und Neusustrum, die bis zum Frühjahr 1934 bestanden, dem SS-Konzentrationslager Esterwegen, das in direkter Unterstellung unter den Reichsführer SS Heinrich Himmler von 1934 bis 1936 bestand. Dargestellt wird die Geschichte der zuletzt sieben Strafgefangenenlager der Justiz im nördlichen Emsland und der acht erst 1938 errichteten und nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs als Kriegsgefangenenlagern des Oberkommandos der Wehrmacht genutzten Lager im mittleren Emsland und in der Grafschaft Bentheim. Die Ausstellung vermittelt die Schicksale verschiedener politischer, sozialrassisch verfolgter und ausländischer Häftlingsgruppen, darunter die Gruppe westeuropäischer Widerstandskämpfer, der sog. "Nacht- und Nebel" – Gefangenen, aber auch der sowjetischen Kriegsgefangenen, die zu Tausenden in den Emslandlagern umkamen. Dabei sind die Selbstzeugnisse ehemaliger Häftlinge und die Zeitzeugeninterviews von besonders großer Bedeutung. Die Ausstellung befasst sich aber auch mit den Schicksalen einzelner Häftlinge, unter denen hier nur Carl von Ossietzky als Friedensnobelpreisträger des Jahres 1935 genannt werden kann.

Schließlich benennt die Ausstellung auch die Täter, die SS in den Konzentrationslagern, die SA im Justizdienst der Strafgefangenenlager und die Wehrmacht in den Kriegsgefangenenlagern und zeigt ausgewählte Lebensläufe und Berufskarrieren auf.

Die Ausstellung zur Nachgeschichte der 15 Emslandlager befasst sich mit der weiteren Nutzung der einzelnen Lagerorte, insbesondere dem Internierungslager (Civil Internment Camp) für mutmaßliche Kriegsverbrecher in Esterwegen, und der Nutzung als Lager für ex-Prisoners of War ("PWX") und Displaced Persons ("DPs"), bis 1948, als Flüchtlings(durchgangs)lager bis hin zur Umwandlung der ehemaligen Lager in Neubausiedlungen und die Ansiedlung von Mitgliedern der christlichen Freikirche der Herrenhuter Brüdergemeine in Alexisdorf, heute Neugnadenfeld. Ein wichtiges Kapitel dieser Ausstellung ist die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen, also der Umgang mit den Tätern, zunächst vor Britischen Militärgerichten mit zum Teil drakonischen Strafen bis zur Hinrichtung, später vor deutschen Gerichten, die kürzere Strafen zumaßen, wenn es überhaupt zu Strafverfolgungen kam.

Im Mittelpunkt aber stehen die Bemühungen der ehemaligen Häftlinge, die traumatischen Erlebnisse während ihrer Gefangenschaft in den Emslandlagern zu bewältigen und für das erlittene Unrecht entschädigt zu werden. Die "Moorsoldaten" organisierten sich und führten ab 1955 im Emsland ihre Häftlingstreffen durch.

Abschließend wird der lange Weg zu einer Gedenkstätte für die Emslandlager und die gesellschaftlichen Diskussionen um eine solche Gedenkstätte seit den 1960er Jahren ebenso aufgezeigt wie die ab Mitte der 1980er Jahre auch im Emsland zu erkennende Öffnung der Gesellschaft für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die sich in "Aktionskomitees" wie dem DIZ in Papenburg oder wissenschaftlichen Dokumentationen spiegelt, im Emsland mit der über 3.000 Seiten umfassenden Dokumentation "Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland. Dokumentation und Analyse zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz" der Autoren Erich Kosthorst und Bernd Walter (1983).

In den ersten sechs Wochen nach der Eröffnung der Gedenkstätte Esterwegen haben über 3.200 Menschen die Gedenkstätte im Emsland besucht. Die Gedenkstätte ist ab dem 15. Januar 2012 Dienstag bis Sonntag von 10-17 Uhr geöffnet, ab April bis Oktober von 10-18 Uhr.



## POLIZEI.GEWALT.

#### BREMENS POLIZEI IM NATIONAL



In der Ausstellung "Polizei.Gewalt - Bremens Polizei im Nationalsozialismus". Fotos: Möhlenkamp & Schuldt



#### SOZIALISMUS

#### Ulrich Mäurer

Nachdem die Ausstellung "Polizei. Gewalt. Bremens Polizei im Nationalsozialismus" im Mai 2011 in der Bremer Stadtbibliothek mit großem Erfolg gezeigt wurde, war sie in den Monaten Oktober bis Dezember noch einmal im Landesarchiv Bremen zu sehen. Sie macht deutlich, dass auch die Bremer Polizei ein wesentliches Element des nationalsozialistischen Systems war. Gewalt ging keinesfalls nur von der Geheimen Staatspolizei aus. Die Ausstellung zeigt, dass alle Sparten der Polizei in Bremen mit an der Durchsetzung der Ziele des NS-Staates arbeiteten. Und dies geschah nicht widerstrebend oder aus Zwang, sondern in der Regel freiwillig oder aus Opportunismus.

Jahrzehntelang hat sich die Polizei ihrer Rolle im Nationalsozialismus nicht gestellt. Das dunkle Kapitel wurde auch von der Politik nicht aufgearbeitet. Das änderte sich Anfang 2010. In einer Projektgruppe haben wir begonnen, gemeinsam die Ausstellung "Polizei. Gewalt." zu konzipieren.

#### DIE FEINDE DES NS-STAATES SIND FEINDE DER POLIZEI

Die Ausstellung zeigt eindrucksvoll und ungeschönt, dass der Wandel der Polizei in eine demokratische Institution in der Weimarer Republik nicht gelungen ist. Obwohl sie nach der Reichsverfassung gegen jeden Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung hätte vorgehen müssen, steht für die Polizei der Feind aber weiterhin links. Folglich beobachtet die politische Polizei in Bremen auch die Linke stärker als die Rechte.

Diese Haltung begünstigt dann ebenso das Vorgehen der Polizei nach der Machtübernahme Hitlers. Wen immer die Nationalsozialisten als ihren Feind bezeichnen, der ist auch der Feind der Polizei. Dazu gehören die politischen Gegner wie Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaften, aber auch andere demokratische und republikanische sowie kirchliche Organisationen, Verbände und Vereine. Das Parteihaus der KPD 1933 wird polizeilich beschlagnahmt und der SA übergeben. Bald wird das "Gossel-Haus", wie es jetzt heißt, zur Stätte brutaler Misshandlungen durch die SA, bevor die Gefangenen der Gestapo übergeben werden. Aber auch Menschen, die nicht in die "Volksgemeinschaft" passen, werden von der Polizei verfolgt: Homosexuelle, "Asoziale", sogenannte Berufsverbrecher, Trinker, Arbeitsscheue und angeblich "asoziale" Großfamilien.

Viele polizeiliche Aktionen werden durch anonyme Denunziationen ausgelöst, zu denen die Bevölkerung anlässlich der Polizeiausstellung von 1936 geradezu aufgefordert wird. Die "Bremer Nachrichten" schreiben, ein Polizeibeamter könne "umso erfolgreicher arbeiten… je mehr Auskunftspersonen zur Verfügung stehen. Hier kann die Bevölkerung ganz wesentlich mithelfen. Alle verdächtigen Beobachtungen sollte man der Kriminalpolizei mitteilen (die Namen der Beobachter werden natürlich geheim gehalten)."

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten sind die Polizeigefängnisse bald überfüllt. Daraufhin lässt der neue nationalsozialistische "Polizeiherr" Theodor Laue mit Billigung des Bremer Senats in Bremen-Findorff ein erstes Konzentrationslager einrichten. Das "KZ-Mißler" ist 1933 eine Einrichtung der Polizeidirektion, in der die Häftlinge unter Aufsicht der Gestapo zunächst von SS-Hilfspolizei, ab Mai 1933 von SA-Männern bewacht werden. Die Aufsicht über das Lager führt ein Polizeimajor. Die Gefangenen sind bei den Verhören oft den Drohungen und Misshandlungen der Polizeibeamten ausgesetzt. Im Juli 1934 wird das letzte Bremer Konzentrationslager geschlossen – viele Häftlinge kommen in "reguläre" Konzentrationslager oder warten in den Untersuchungsgefängnissen der Justiz auf ihre Hochverratsprozesse.



Die Bremer Polizei schützt die Bürger nicht mehr vor Übergriffen der Nationalsozialisten. So schreitet sie auch nicht ein, als am 1. April 1933 die SA auch in Bremen die Bevölkerung zum Böykott jüdischer Geschäfte aufruft, Schaufensterscheiben mit Parolen beschmiert und Menschen daran hindert, in diesen Geschäften zu kaufen.

In der Pogromnacht am 9. November 1938 ermorden SA-Männer in Bremen fünf Menschen. Sie zünden außerdem die Synagoge an, schänden den Friedhof, verwüsten ein jüdisches Altersheim und dringen in Wohnungen ein. Die Ordnungspolizei hindert die SA nicht in ihrem Tun. Die Feuerwehr löscht nicht den Brand der Synagoge, sondern schützt nur die Nachbarhäuser vor den Flammen. Am Morgen des 10. Novembers werden 162 jüdische Männer in das Gefängnis in Oslebshausen getrieben; der Zug wird von uniformierten Schutzpolizisten begleitet und gesichert.

Für die Deportation der Bremer Juden war die Gestapo verantwortlich. Unterstützt wurde sie jedoch von allen Sparten der Polizei und Verwaltung: Gerichtsvollzieher stellen die Deportationsbefehle zu, Schutzpolizisten bewachen die Opfer an den Sammelplätzen, Finanzbeamte verwerten das geraubte jüdische Vermögen zu Gunsten des Reiches. Am 18. November 1941 geht ein erster Transport mit mehreren hundert Juden aus Bremen nach Minsk, begleitet und bewacht von Beamten der Ordnungspolizei. Im Juli 1942 wird ein großer Teil der aus Bremen Deportierten ermordet. Ende Juli 1942 organisiert die Gestapo einen weiteren Transport von mehr als 160 Menschen nach Theresienstadt und Auschwitz. Die meisten kommen um. Noch am 14. Februar 1945 verlässt ein letzter Transport den Bremer Bahnhof. Glücklicherweise überleben fast alle dieser Deportierten.

Die Verfolgung und Deportation von Sinti und Roma ist wie das "Zigeunerwesen" zur Gänze Aufgabe der Kriminalpolizei. Im Mai 1940 organisiert Bremens Kriminalpolizei den ersten Transport von Sinti und Roma nach Auschwitz. 1000 Deportierte stammen aus dem Bereich der Kripoleitstellen Bremen und Hamburg. Im März 1943 geht ein weiterer Transport vom Bremer Schlachthof nach Auschwitz. Bremer Polizisten begleiten ihn – bis zur Rampe in Auschwitz. Anfang 1944 werden die letzten in Bremen noch lebenden Sinti von der Kriminalpolizei vorgeladen und vor die Alternative gestellt sich "freiwillig" sterilisieren zu lassen oder nach Auschwitz deportiert zu werden.

#### BREMER POLIZEIBATAILLONE UNTERSTUETZTEN AUCH AUSWAERTS DEN HOLOGAUST

Auch die Angehörigen der in Bremen aufgestellten und im Ausland eingesetzten Polizeibataillone waren willfährige Helfer der Naziherrschaft. Offiziere und Mannschaften rekrutierten sich wesentlich aus Kräften der Schutzpolizei und der Polizeireserve.

Die Bremer Bataillone beteiligten sich während des Zweiten Weltkriegs am Holocaust. Das Bataillon 303 war zum Beispiel dabei, als Einsatzgruppen der SS in der Schlucht von Babij Jar in der Ukraine im September 1941 weit über 33 000 jüdische Frauen, Männer und Kinder erschossen. Die Männer des Bataillons 105 haben in der Sowjetunion Juden, Partisanen und Kommunisten getötet, bevor sie sich in den Niederlanden an der Deportation der niederländischen Juden im Zuge der "Endlösung" beteiligten. Sie haben die Opfer zusammengetrieben, bewacht und schließlich in den Zügen bis nach Auschwitz "begleitet". Es kann kein Zweifel bestehen: Die Polizisten wussten, was sie taten.



Polizei und SA bewachen verhaftete jüdische Männer im Gefängnis Oslebshausen. Quelle: Staatsarchiv Bremen

#### AUSSTELLUNG IST TEIL EINES GESAMTPROJEKTS

Eines ist uns heute klar: Wer sich mit Schuld und Verantwortung der Polizei im Nationalsozialismus auseinandersetzt, muss auch Antworten auf die Fragen finden: Was geschah mit den Tätern nach dem Ende des Nationalsozialismus? Wir wissen heute: Viele machten wieder das, was sie vorher auch taten: Polizeiarbeit.

In Bremen wird diesen Fragen weiter nachgegangen. Für 2013 ist der zweite Teil der Polizei-Ausstellung geplant. Er wird sich mit der Zeit nach 1945, mit der Demokratisierung der Bremer Polizei beschäftigen.

Auch die Rolle der im Ausland eingesetzten bremischen Polizeibataillone wird weiter ein Thema sein. Geplant ist ein Besuch einer Bremer Delegation im Durchgangslager Westerbork in den Niederlanden, von wo aus die Juden in die Vernichtungslager deportiert wurden.

Um die demokratische Polizei heute, ihr rechtsstaatliches Handeln und ihre Bürgernähe wertschätzen und für die Zukunft sichern zu können, ist die Aufarbeitung der Vergangenheit wichtig. Ziel ist es, die Geschichte der Polizei zum Bestandteil der politischen Bildung und vor allem auch der Ausbildung der jungen Beamtinnen und Beamten zu machen. Sie müssen wissen, wie die Polizei in Bremen und in ganz Deutschland Teil eines verbrecherischen Systems wurde.

Zur Ausstellung ist ein Begleitband unter dem Titel "Polizei. Gewalt." erschienen. Die Rolle der Polizeibataillone beleuchtet Karl Schneider in seinem 2011 erschienenen umfangreichen Werk "Auswärts eingesetzt – Bremer Polizeibataillone und der Holocaust". Beide Bücher sind im Buchhandel erhältlich. Der Begleitband zur Ausstellung kann auch über den Senator für Inneres und Sport bezogen werden.

Ulrich Mäurer ist Senator für Inneres und Sport der Freien Hansestadt Bremen.

#### "Lernen Sie von dem, was wir erlebt haben..."

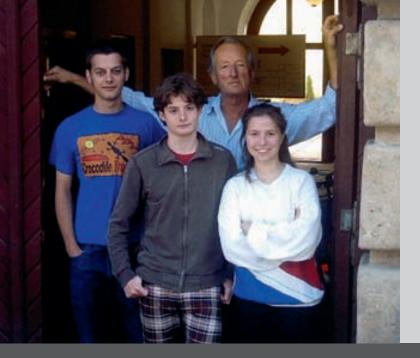
Interviews mit Überlebenden von Theresienstadt.







Die Überreste der Befestigung von Theresienstadt und die "Dresdner Kaserne", in der ab 1941 5000 Frauen untergebracht waren. Fotos: R. Grimm



Die Initiatoren und Durchführenden des Interviewprojektes von links nach rechts: Tobias Haider, Freiwilliger des österreichischen Gedenkdienstes (GD), Martin Bruch (Aktion Sühnezeichen), Titiana Strobel (GD), im Hintergrund Rudolf Grimm (ASF). Sie stehen im Tor der "Magdeburger Kaserne", in welcher in der Zeit des Gettos Theresienstadt der sog. "Judenälteste" mit seinem Stab von Mitarbeitern lebte und arbeitete. Foto: Tobias Haider

#### Rudolf Grimm

"...und versäumen Sie nicht, das, was wir versäumt haben in unserer Jugend aus Unkenntnis. Und unterschätzen Sie nie den Faschismus! Er ist schlimmer, als er scheint. Und er beginnt leider so, wie er vor sechzig oder siebzig Jahren begonnen hat. Und ziehen Sie daraus Ihre Schlüsse und entscheiden Sie sich für Ihr Leben, ob Sie so etwas erleben wollen, wie wir es erlebt haben – es muss nicht immer nur gegen die Juden gehen oder ob Sie in einer freien Demokratie leben wollen".

Das sagt Lisa Mikova, Überlebende von Theresienstadt, Auschwitz und Mauthausen, im Interview.

Freiwillige von "Aktion Sühnezeichen Friedensdienste" und dem österreichischen "Gedenkdienst" hatten 2004 in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Terezin (Theresienstadt ) ein Interview-Projekt mit Zeitzeugen, die sich regelmäßig in der Gedenkstätte Terezin mit Gruppen zumeist jugendlicher Besucher trafen und mit ihnen diskutierten, durchgeführt.

"Mit jedem Jahr, das verstreicht, wird leider die Anzahl der Zeitzeugen kleiner. So ist anzunehmen, dass wir in absehbarer Zeit keine Zeitzeugengespräche mehr arrangieren können. Deshalb erscheint es uns notwendig, die Aussagen und damit hintergründig das Anliegen der Zeitzeugen so aufzuzeichnen, dass sie für spätere Verwendung so lebensnah wie möglich erscheinen", so die Freiwilligen in einer "Ideenskizze".

"Wir sind die letzte Generation, die man noch fragen kann. Und nächstens werden Sie nur noch Bücher lesen und diese Filme sehen, aber eine Antwort auf Fragen wird es nicht mehr geben." (Lisa Mikova).

Es sind die unmittelbar anrührenden Gespräche mit den Zeitzeugen, die Einmaligkeit des Miteinander im Gespräch zwischen ihnen und den Besuchergruppen in der Gedenkstätte Terezin, welche bald nicht mehr möglich sein werden. Was sich zwischen

den Worten durch Gesten, Blicke, spontane Reaktionen vermittelt, das kann man nicht aufschreiben, das kann man nur im Film vermitteln, so die Überzeugung der Freiwilligen.

Und so wurden elf gefilmte Interviews mit Überlebenden von Theresienstadt, Auschwitz, Lodz, Bergen – Belsen, Groß Rosen und Mauthausen in deutscher Sprache geführt, jedes etwa eineinhalb Stunden lang. Die Gesamtlänge des ungeschnittenen Materials beträgt sechzehn Stunden. Ein umfangreiches Unternehmen also, aufgenommen durch eine Filmfirma aus Prag und auf sendefähigem Material gespeichert. Die Rechte an den auf Deutsch geführten und transkribierten Interviews liegen bei der Gedenkstätte Terezin.

Finanziell unterstützt haben das Projekt die Firmen Daimler – Chrysler und VW- Skoda.

Bis jetzt wurde keine Möglichkeit gefunden, die gefilmten Interviews z.B. im Rahmen von Ausstellungen oder Dokumentarfilmen weiter zu verwenden oder in einer Dokumentation zu veröffentlichen. Es ist ein Schatz zu heben, ein Dokument liegt vor, das in der Eindringlichkeit der Gespräche überzeugt.

Rudolf Grimm war Freiwilliger für Aktion Sühnezeichen/ Friedensdiente in der Gedenkstätte Terezin 2003/2004 und ist Mitglied von Gegen Vergessen - Für Demokratie e V

#### Die neue Dimension des Rechtsterrorismus

#### Warum wurde der rechtsextremistische Hintergrund der Mordserie nicht erkannt?

Nicht immer zeigt sich der rechtsextremistische Hintergrund einer Tat so explizit wie hier. Foto: Gegen Vergessen – Fü<u>r Demokratie e.V.</u>

**Armin Pfahl-Taughber** 

Wie konnte eine kleine Gruppe von Neonazis unbemerkt von Öffentlichkeit und Sicherheitsbehörden zehn Morde begehen? Auf diese Frage müssen nach detaillierten Untersuchungen zukünftig mehrdimensionale Antworten erfolgen. Eine Erklärung kann aber schon jetzt formuliert werden: Der "Nationalsozialistischen Untergrundes" (NSU) stellt eine neue Dimension und damit ein Novum dar, konnte man in Deutschland doch bislang nicht eine derartige Form rechtsextremistisch motivierter Gewalt ausmachen.

In diesem Bereich lassen sich idealtypisch zwei Varianten unterscheiden: Zum einen gehören dazu einzelne Täter und kleine Gruppen, die relativ spontan brutale Akte bis hin zur Tötung von Menschen begehen und nicht in eine festere organisatorische Struktur eingebunden sind. Zum anderen zählen dazu terroristisch agierende Personenzusammenschlüsse, die ihr gewalttätiges Vorgehen als Bestandteil einer längerfristigen Strategie ansehen und kontinuierlich Anschläge bis hin zu Morden begehen.

In den letzten Jahrzehnten dominierte die erstgenannte Form, fielen ihr doch je nach genutzten Kriterien 46 oder 137 Menschen zum Opfer. Die rechtsterroristischen Strukturen Ende der 1970er Jahre und Mitte der 2000er Jahre führten dem gegenüber Anschläge auf Einrichtungen mit einkalkulierten Todesopfern durch. Die geplante und gezielte Ermordung – dies belegen die gefundenen Notizen und Skizzen – einzelner Menschen in Serie durch den NSU steht demnach für eine neue Dimension des Rechtsterrorismus.

Als weitere Besonderheit verdient folgender Gesichtspunkt Beachtung: "Terrorismus" gilt nicht nur als Bezeichnung für politisch motivierte Gewalttaten. "Terrorismus" gilt auch als "Kommunikationsstrategie" (Peter Waldmann), d. h. die Täter wollen damit eine bestimmte Botschaft in die Öffentlichkeit tragen. Dies war bei dem NSU nicht der Fall. Zwar stellte man offenbar 2007 eine DVD mit zynischen Bekenntnissen zu den Taten her, leitete sie aber vier Jahre lang nicht an die Medien weiter.

Offensichtlich hatten die Mörder so etwas vor, worauf die Funde in deren Wohnhaus hindeuten. Dies geschah aber über mehrere Jahre hinweg nicht, wofür gegenwärtig kein Grund genannt werden kann. Allenfalls lässt sich die Vermutung formulieren, dass man noch etwas "Großes" vorgehabt hat und in dessen Folge die zur Versendung vorbereiteten DVDs auf den Weg bringen wollte. Das Fehlen eines Bekenntnisses zu dem politischen Hintergrund der Morde kann ansonsten nur schwerlich eine Erklärung finden.

Im Unterschied zu Linksterroristen hinterlegten Rechtsterroristen in der Vergangenheit zwar keine Bekennerschreiben, sollten ihre Taten doch bezüglich der politischen Botschaft für sich selbst sprechen. So gingen etwa die Sicherheitsbehörden bei dem seinerzeit nicht aufgeklärten Anschlag, der auf eine kritische Ausstellung über die Wehrmacht 1999 in Saarbrücken durchgeführt wurde, sofort von einem rechtsextremistischen Hintergrund aus. Nur aus diesem politischen Lager ergaben sich einschlägige Motive zu einer solchen Tat.

Ein ähnlicher Eindruck von den politischen Hintergründen der zehn Morde ergab sich für Öffentlichkeit und Sicherheitsbehörden aber nicht. Auch die deutsche und türkische Presse mutmaßte kriminelle Hintergründe. Zwar enthält die DVD der Täter die Aussage "Taten statt Worte", doch konnte man die Morde nicht einer klaren Motivation zuordnen. Insofern kam es auch nicht zu einer Vermittlung der fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Dimension der Taten im Sinne einer inhaltlichen Botschaft für die Öffentlichkeit.

Das Unwissen um diesen Hintergrund erklärt mit, warum die Sicherheitsbehörden nicht gezielt nach dem seinerzeit namentlich noch nicht bekannten NSU fahndeten. Darin besteht ein grundlegender Unterschied zum Vorgehen der "Rote Armee Fraktion" (RAF) zwischen den 1970er und 1990er Jahren, bekannten sich die Linksterroristen doch durch Anschlagserklärungen öffentlich zu ihren Taten. Darüber hinaus sprechen noch andere Gründe gegen die Rede von dem NSU als einer "Brauen Armee Fraktion":

Bei der RAF handelte es sich um eine Gruppe mit einer entwickelten Kommandostruktur, die auch die Rechtsterroristen in den 1970er und 1980er Jahren nachahmten. Sie konnten aber im Durchschnitt nur ein gutes Jahr regelmäßig Anschläge durchführen, wurden ihre Aktivisten doch relativ schnell von den Sicherheitsbehörden entdeckt. Beim NSU handelt es sich mehr um eine Kleinstgruppe mit einem hohen Maß an Autonomie und Flexibilität – und damit um eine auch im islamistischen Terrorismus stark verbreitete Strukturform.

Die Unangemessenheit der Rede von einer "Brauen Armee Fraktion" leitet zur Frage über, inwieweit Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen links- und rechtsextremistischen Gewalthandlungen bestehen? Hierbei geht es nicht um eine Gleichsetzung, sondern um einen Vergleich – was immer wieder falsch verstanden wird. Die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden erlaubt es erst, die besonderen Konturen bestimmter Phänomene zu erkennen. Es geht also nicht um "Hitparaden-Plätze" auf einer Skala größerer Gefahr.

Nach der Statistik politisch motivierter Kriminalität von 2010 gab es 944 "linke" und 762 "rechte" Gewalttaten. Doch Gewalttat ist nicht gleich Gewalttat, bestehen doch in Dimension und Folgen durchaus Unterschiede: Bei den Körperverletzungen lagen demgegenüber die Werte bei 541 "linken" und 638 "rechten" Vorfällen. Auch wenn die linksextremistisch motivierte Gewalt in den letzten Jahren eher zunahm, richtet sie sich tendenziell nicht so stark gegen Menschen wie die rechtsextremistisch motivierte Gewalt.

Die Erklärung dafür besteht bei den linksextremistischen Autonomen in dem Anspruch, ihr militantes Agieren auch inhaltlich dem eigenen politischen Umfeld vermitteln zu wollen. So akzeptiert man dort etwa brutale Gewalthandlungen gegen Polizeibeamte in Schutzkleidung (Helm, Lederjacke) anlässlich von Demonstrationen. Anders verhält es sich gegenüber Polizeibeamten ohne eine solche Schutzkleidung. Zwar kamen derartige Übergriffe in letzter Zeit ebenfalls vor, stießen in der Szene aber häufig auf Ablehnung und Distanzierung.

Eine Zurückhaltung in der Intensität der Gewaltanwendung erklärt sich bei Linksextremisten also nicht durch eine grundsätzliche Einstellung, sondern durch taktische Rücksichtnahmen. Diese spielen im gewaltorientierten Rechtsextremismus keine ähnlich große Rolle. Die Gewaltintensität ist dort ungleich höher, was sich auch anhand der Tötungsdelikte ablesen lässt. Linksextremistisch motivierte Morde gab es schon länger nicht mehr, rechtsextremistisch motivierte Morde hat es bis 2007 durch den NSU sehr wohl gegeben.

Prof. Dr. Armin Pfahl-Traughber, Politikwissenschaftler und Soziologie, lehrt hauptamtlich an der Fachhochschule des Bundes in Brühl und ist Herausgeber des "Jahrbuchs für Extremismus- und Terrorismusforschung".

# ONLINE-BERATUNG ONLINE-BERATUNG

#### Aktivitäten und Angebote zum Thema Rechtsextremismus

Die Entdeckung der rechtsextremen Terrorgruppe NSU hat Entsetzen ausgelöst. Die Wut und Verunsicherung vieler Menschen spiegeln sich auch in den Anfragen an die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus wider, die in den vergangenen Wochen stark vermehrt eingegangen sind. Die neue erkannte Dimension rechtsextremer Gewalttätigkeit bietet überdies einen Anlass für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., die zentralen Positionen der Vereinigung noch einmal öffentlich herauszustellen und ihre Angebote im Themenbereich Rechtsextremismus zusammenzufassen.



#### Online Beratung Gegen Rechtsext

Ein Projekt von Gegen Vergessen-



## Beispiele aus dem Alltag

Freizeit und Sport Familie

Politik und Gemeinwesen Schule

Unser Angebot Beruf

Information

Adressen

Wissenswert . Erwähnenswert

Neuigkeiten ...

Intern |

## Online-Beratung gegen Rechtsextremism



Unser Angebot



Wir were Kanaken Meine Elter leben schon Kleinstadt. M sind hier gebi zur Hälfte als.



Ein Kinderfest In unserem Ort h letzten Woche ein organisiert. Es gab viele Wettkämpfe u Kinder und selbstge

Angst vor den "Kan Ich bin seit einiger Zeit Kameradschaft" Ich fan was die über Kameradsci und so geredet haben. Ge etwas ...

#### Politische Ausrichtung und Forderungen

Der Vorsitzende Dr. h.c. Joachim Gauck hat sich für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in einer Stellungnahme geäußert. Zunächst plädiert er eindringlich dafür, die Opfer dieses fanatischen Fremdenhasses nicht zu vergessen:

Joachim Gauck: "Den Angehörigen der Opfer, die nun zum zweiten Mal mit Trauer und Ohnmacht konfrontiert werden, Trost zuzusprechen und Ihnen Beistand und Aufklärung zu versprechen, ist das Mindeste, was getan werden muss."

Die Lehren aus diesem Fall dürfen nicht mit dem endlichen Echo in den Medien verhallen. Auf das Versagen staatlicher Strukturen in der Sache müssen die Verantwortlichen mit Veränderungen reagieren, die Schwachstellen korrigieren.

Joachim Gauck: "Es muss dafür gesorgt werden, Unklarheiten in Informationsfluss und Verfahren bei den zuständigen Diensten und Behörden zu beseitigen."

Wichtigste Konsequenz aus der Entdeckung des Terrors ist aus Sicht von Gegen Vergessen – Für Demokratie aber, dass Rechtsextremismus endlich als ein langfristiges Problem betrachtet werden sollte, das nachhaltig zu bekämpfen ist. Nur ein weiteres Aktionsprogramm unter vielen, mit heißer Nadel gestrickt, wäre keine Lösung. Denn Polizeistatistiken und wissenschaftliche Studien der vergangenen Jahre belegen: Rechtsextremistisch motivierte Straftaten bewegen sich seit geraumer Zeit auf konstant hohem Niveau. Gleiches gilt für menschenfeindliche Einstellungen, auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft.

Joachim Gauck: "Die Politik muss die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus als eine dauerhafte Herausforderung für unsere Gesellschaft verstehen. Sie wird nur erfolgreich sein, wenn sie als langfristige Gesamtaufgabe begriffen wird. Die Vereinzelung von Maßnahmen muss aufgehoben, stattdessen die vielfältigen Aktivitäten zusammengeführt und verstetigt werden. Staatliche wie zivilgesellschaftliche Akteure müssen dafür in einen engeren und vertrauensvollen Dialog treten."

#### Angebote der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus

In der Arbeit gegen Rechtsextremismus muss auf verschiedenen Ebenen angesetzt werden. Es gibt in Deutschland unterschiedliche Angebote, die sich bewährt haben. Auf regionaler Ebene sind dies etwa mobile Beratungsteams, Opferberatungsstellen und Aussteigerhilfen, die es leider nicht in allen Bundesländern gibt beziehungsweise die regelmäßig in ihrer Existenz bedroht sind.

Auf überregionaler Ebene leistet zum Beispiel unser enger Kooperationspartner jugendschutz.net wichtige Arbeit. Das ist eine von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderte Prüfstelle für jugendgefährdende Inhalte im Internet, an die sich jeder wenden kann, der problematische Beiträge auf Webseiten oder in sozialen Netzwerken findet.

Die Online-Beratung gegen Rechtsextremismus setzt hingegen auf der kleinsten Ebene der Gesellschaft an, an der individuellen Beratung von Menschen, die in ihrem Umfeld mit Rechtsextremismus konfrontiert sind. Attraktiv sind für Anfragende unter anderem der Schutz in der Anonymität, fehlende Anfahrtswege und zeitliche Flexibilität, um das Angebot annehmen zu können. Eine Adresssuche auf der Homepage www.online-beratunggegen-rechtsextremismus.de bietet darüber hinaus die Möglichkeit, Ansprechpartner vor Ort zu recherchieren.



## ONLINE-BERATUNG

Einer besteht in der Elternarbeit. So versuchen die Mitarbeiter, noch gezielter als zuvor besorgte Eltern rechtsextremer Jugendlicher anzusprechen. Denn derart betroffene Mütter und Väter gehören zu den Klienten, die sich mit den drängendsten Problemen an die Online-Beratung wenden. Nun werden verstärkt Info-Briefe an kommunale Einrichtungen verschickt, die mit Eltern regelmäßig in Kontakt stehen. Mit kurzen Filmclips, die zum Beispiel auf Youtube laufen, werden Eltern im Internet auf das Angebot der Online-Beratung aufmerksam gemacht. Außerdem ist geplant, auf dem Internetportal der Online-Beratung einen neuen geschützten und moderierten Chat für Eltern anzubieten, um ihnen die Möglichkeit zum Austausch zu geben. Beratungsstellen in Angriff genommen worden, die ebenfalls mit betroffenen Müttern und Vätern rechtsextremer Jugendlicher arbeiten.

Der zweite Schwerpunkt zielt auf den organisierten Sport. Ein neues Internetportal, das im Frühjahr 2012 an den Start gehen soll, bietet Informationen, interaktive Elemente und Beratung für Sportfunktionäre und Trainer sowie für aktive Vereinssportler. Es ist den Mitarbeitern gelungen, für die Planung

#### Fachliche Unterstützung und Recherchegrundlagen

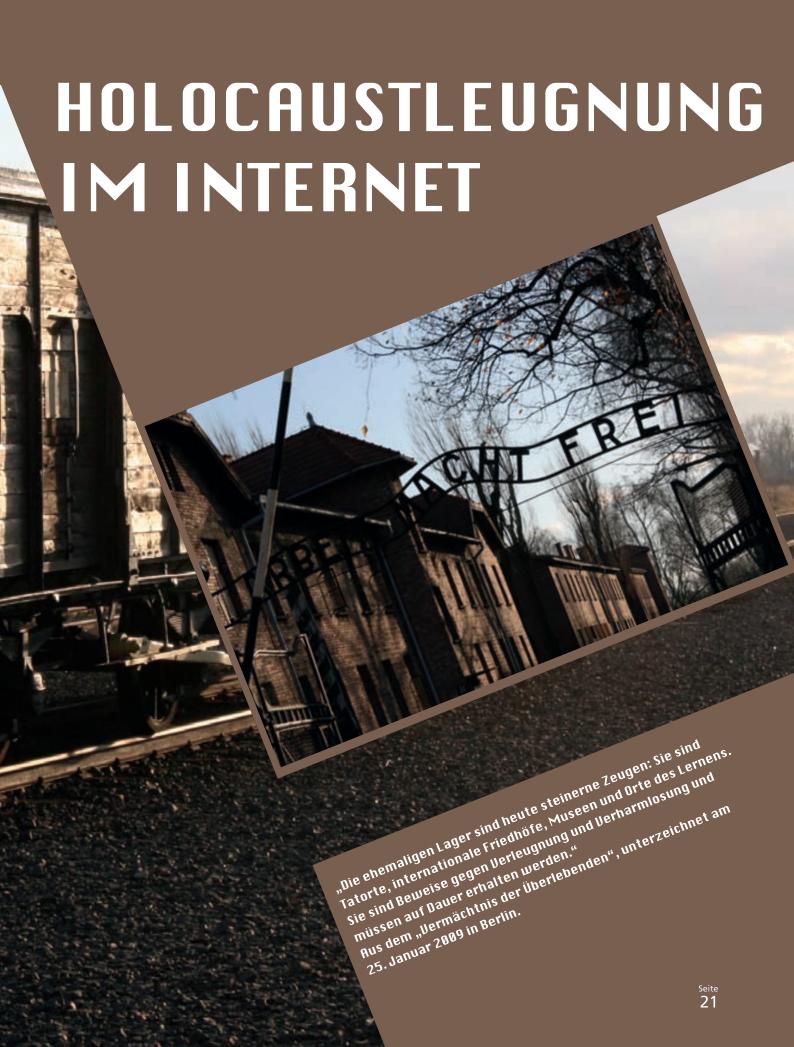
Die Mitarbeiter der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus greifen auf professionelle wissenschaftliche Begleitung zurück und und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Mit der gerade Menschenfeindlichkeit findet das Institut internationale Beachtung. Die Bielefelder Wissenschaftler haben die Online-Beratung wissenschaftlich begleitet und geben ihr regelmäßig fachlichen Input.

Für inhaltliche Recherchen zum Thema Rechtsextremismus können die Online-Berater zum Beispiel das Projekt "Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus" der Friedrich-Ebert-Stiftung empfehlen. Dieses begleitet aktuelle gesellschaftspolitische Debatten zum Thema und trägt mit seinen Publikationen und Ausstellungen zum Fachdiskurs bei. www.fes-rechtsextremismus.de

Und das "Dossier Rechtsextremismus" der Bundeszentrale für politische Bildung bietet mit monatlichen Schwerpunktthemen solide Recherchen von angesehenen Autoren zu allen wichtigen Feldern im Bereich Rechtsextremismus:

Die Internetseiten der Bundesprogramme www.toleranz-foerteilhabe.de bieten zudem eine gute Übersicht über die derzeitige vom Bund geförderte Projektlandschaft.





#### HOLOCAUSTLEUGNUNG

Manipulationstechniken und Argumentationsmuster im Wandel

#### Dennis Beismann

Wenngleich man in Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges den Holocaust weitgehend verdrängte, blieben die Verbrechen doch omnipräsent. Unzählige Kriegsheimkehrer berichteten von den Morden, in den Nachkriegsprozessen schilderten Täter, Zeugen und Opfer die Massenvernichtung und bestätigten somit, was in Deutschland ohnehin viele geahnt haben mussten. In den 1950er Jahren wurden die Taten vor allem verschwiegen, weil der Wiederaufbau des Landes wichtiger erschien als die Aufarbeitung der Vergangenheit. Versuche, den Nationalsozialismus zu rehabilitieren, mussten sich in der Folgezeit darauf beschränken, die deutsche Kriegsschuld in Abrede zu stellen. Erst in den frühen 1970er Jahren wurde in Deutschland erstmalig der Völkermord an den europäischen Juden öffentlich geleugnet. Es formierte sich bald eine verschworene Szene, die mit zunehmender Hartnäckigkeit behauptete, dass es keine Gaskammern gegeben habe und die geschätzten Opferzahlen als grobe Übertreibung zurückzuweisen seien.

Frühzeitig gewannen verschiedene Argumentationsfiguren Kontur, um unhaltbare Thesen augenscheinlich zu untermauern. Einschlägige und wegweisende Standardwerke der Holocaustforschung wurden von den Leugnern zumeist kommentarlos ignoriert. Stattdessen entstanden Zitierkartelle, deren Autoren sich gegenseitig als Referenz auswiesen, um in einem Zirkelschluss den Eindruck von Glaubwürdigkeit zu erwecken. Die Leugner setzten sich zudem dezidiert mit den Quellenbeständen auseinander und durchforsteten sie nach (vermeintlichen) Kenntnislücken, Widersprüchen und Fehlinformationen, welche sie aufblähten, um die Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft infrage zu stellen. Diese Vorgehensweise gipfelte 1992 im "Rudolf-Report", einem Pamphlet, das vorgab, auf technisch-naturwissenschaftlichem Wege die Unmöglichkeit von Massentötungen durch Gas in Auschwitz-Birkenau zu heweisen.

Diese Manipulationstechniken erschienen jedoch im Verlauf der 1990er Jahre zunehmend unzeitgemäß, da sich infolge der "digitalen Revolution" die Zielgruppe der Publizisten deutlich erweitert hatte. Bewegten sich einst überwiegend Neonazis, Antisemiten und Rechtsextreme in dieser anrüchigen Szene, schuf das Internet einen direkten Kanal in nahezu jedes Wohn- und Jugendzimmer. Auf diesen grundlegenden Wandel stellten sich viele Holocaust-leugner ein, indem sie ihre Argumentationsmuster auf den erweiterten Adressatenkreis ausrichteten. Bis heute ist vielerorts der pseudo-akademische Habitus früher Jahre schnörkellosen Argumentationslinien gewichen, die in der Datenflut des Webs stärkere Akzente setzen können als sperrige Abhandlungen.

Den taktischen Wandel ermöglicht auch das Ableben der ersten Generation, die den Nationalsozialismus selbst miterlebt hat. Der Übergang von der individuellen zur kollektiven Erinnerung erleichtert es den Protagonisten, sich mit pauschalen Behauptungen in Szene zu setzen, eine vermeintlich schlüssige Beweisführung jedoch schuldig zu bleiben. Mit dem Heer der Zeitzeugen, die es aus eigener Erfahrung besser wissen müssen, verschwindet allmählich ein massiver Hemmschuh von der holocaustleugnenden Argumentationsschiene. Die stark konstruierten und wissenschaftlich verbrämten Machwerke früher Tage können zunehmend von griffigen Formeln und pointierten Thesen verdrängt werden. Während in frühen Publikationen die Shoah als Phantasiegebilde und Inszenierung einer "weltumspannenden jüdischen Verschwörung" gewertet wurde, erscheinen derartige Totalleugnungen gegenwärtig nicht mehr opportun. Versuche, den Holocaust zu trivialisieren oder zu minimieren, lassen sich im politischen Mainstream leichter propagieren, da sie ihr antisemitisches Motiv besser verbergen können. Diese Argumentationsmuster rechnen beispielsweise alliierte Kriegsverbrechen mit deutschen auf oder wollen die Zahl der Holocaustopfer drastisch reduziert wissen. Zudem ist die Zunahme eines sekundären Antisemitismus - eines Antisemitismus wegen Auschwitz - im Internet vielfach zu beobachten. Mit der Behauptung, "die Juden" würden Nichtjuden mit dem Holocaust politisch und finanziell erpressen, soll Erinnerungsabwehr geweckt werden. Derartige Postulate entwickeln sich zu einer dominierenden radikal-antisemitischen Propagandaform im Netz.

#### **IMINTERNET**

Neben den Inhalten durchlebt auch das Erscheinungsbild der Beiträge einen Wandlungsprozess. Während in den 1970er und 1980er Jahren dickleibige Monographien mit oftmals wuchtigen Anmerkungsapparaten eine saubere Recherche vortäuschen sollten, setzt die Szene heute auf starke Rezeptionsanreize. Es herrscht vielfach ein boulevardjournalistischer Stil, der die Inhalte mit Illustrationen und farbig unterlegten Überschriften reißerisch in Szene setzt (z.B. www.kreuz.net). Holocaustleugner imitieren zudem beliebte Webdienste wie "Wikipedia" etc., um ihre Agitation als gewöhnlichen und zumindest diskutablen Standpunkt zu etablieren (www. metapedia.org). Während sich in frühen Schriften die Verfasser mit dem Abbilden von Hakenkreuzen und Ähnlichem als Sympathisanten des NS-Regimes auswiesen, werden derartige Assoziationen gegenwärtig tunlichst vermieden. Die Webinhalte geben sich vielmehr betont harmlos, beanspruchen Rede- und Informationsfreiheit und infiltrieren den Nutzer mit pseudo-humanistischer Rhetorik (z.B. www.vho.org). Dieser inszenierte Freiheitspathos, der "Kampf gegen das Establishment und die Macht der Medien" sowie die unbedingte Solidarität mit den Palästinensern bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für jugendliche Subkulturen. Die sich öffnenden Schnittstellen werden von Holocaustleugnern besetzt, um politisch ungefestigte Teile der Mehrheitsgesellschaft behutsam an ihre radikal-antisemitischen Vorstellungswelten heranzuführen.

Im Zuge offener Netze darf sich eine freiheitliche Gesellschaft nicht auf fragwürdige Regulierungsmaßnahmen staatlicher Stellen verlassen, sondern muss ihr Augenmerk auf die jenigen richten, Dennis Beismann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Germanistik der Universität Kassel. die das vorrangige Ziel von Aufrufen zu Hass und Gewalt sind: den Kindern und Jugendlichen. Obwohl sie Garanten für ein von Toleranz und Respekt geprägtes Morgen sind, werden sie noch immer unzureichend auf die Netzrealität vorbereitet. Sinnvolle didaktische Konzepte zur Förderung von Medienkompetenz sind daher eine unerlässliche Voraussetzung für die nachhaltige Stärkung demokratischer Gesellschaftsstrukturen.



Gegen die Leugnung des Holocaust: Die Überreste des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Fotos: Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.

## Politische Kommunikation – oder Wie sage ich es den Bürgern?

#### Andreas Oppermann



Andreas Oppermann während seines Vortrags am 24. September 2011 im Rahmen der Tagung "Demokratische Beteiligungsformen auf dem Prüfstand" in Kassel. Foto: Dennis Riffel

"Wie sage ich es dem Bürger?" Das klingt sehr nach altem Obrigkeitsstaat und nicht nach partizipativer Demokratie. Im politischen Prozess kann es ja nur zum Teil darum gehen, wie die Politik oder die Verwaltung von oben nach unten kommuniziert. Wesentlich für die Kommunikation politischer Prozesse sind die medialen Voraussetzungen dafür. Wie wird bürgerliche Öffentlichkeit hergestellt und gibt es dabei gravierende Veränderungen? Drei Beispiele zeigen, wo die zentralen Probleme bei der Kommunikation von oben nach unten liegen.

#### Kommunikations-Versagen 1: Stuttgart 21

Beim Versagen der politischen Kommunikation im Jahr 2010 bei Stuttgart 21 fällt vor allem auf, dass wesentliche Teile des Projekts nicht kommuniziert wurden. Im Kern ist Stuttgart 21 ein gigantischer Immobiliendeal: Durch den Bahnhofsumbau werden heutige Bahnanlagen überflüssig, sie sollen abgebaut und der frei werdende Baugrund privatisiert werden. Mit den Erlösen wiederum soll ein Teil des Bahnhofs finanziert werden. Da das Eigentum der Bahn nach wie vor öffentliches Eigentum ist, ist es mehr als problematisch, wenn die Bürger von dieser Privatisierung nichts haben. Im Schlichtungsverfahren sind wichtige Aspekte nachgebessert worden. Jetzt geht es auch um erschwinglichen Baugrund für Stuttgarter und – so viel ich

weiß – sozialen Wohnungsbau. Wären solche Ideen frühzeitig entwickelt und kommuniziert worden, wäre das Projekt nicht nur als eines, das von oben für die Wirtschaft durchgesetzt wird, wahrgenommen worden.

Außerdem gab es ja den Wunsch, ein Bürgerbegehren durchzuführen. Dieses wurde abgeschmettert. Hätte es stattgefunden, wäre die Befriedung Stuttgarts schon lange vor dem im November durchgeführten Volksentscheid möglich gewesen. Ein Bürgervotum als Ergebnis einer demokratischen Debatte und Wahl sorgt für Akzeptanz. Insofern war es ein großer Fehler, dass der erste Anlauf zu einem Bürgerbegehren ins Leere lief.

#### Kommunikations-Versagen 2: Flughafen Schönefeld

Drastisch ausgedrückt wurden die Menschen im Umfeld des Flughafens Schönefelds seit 1998 angelogen. Stimmen die Meldungen, dass das Brandenburgische Infrastrukturministerium schon seit 1998 weiß, dass es keinen parallelen Flugbetrieb auf den beiden neuen Startbahnen geben darf, dann trifft dieser Ausdruck zu. Denn nach EU-Recht ist ein Abknicken um 15 Grad Pflicht. Das Planfeststellungsverfahren ist aber vom Parallelbetrieb ausgegangen. Das hatte zwei dramatische Folgen: Zum einen durften sich viele vom Fluglärm Betroffene am Planfest-

stellungsverfahren nicht beteiligen. Sie wurden aufgrund einer falschen – wahrscheinlich sogar bewusst falschen – Annahme von den Auswirkungen des Flughafens ausgeschlossen. Sie haben ihre Partizipationsrechte verloren.

Wer politisch so agiert, darf sich über Widerstand nicht beklagen.

#### Kommunikations-Versagen 3: Hochspannungsleitungen für den Atomausstieg

Als drittes Beispiel bietet sich derzeit das Thema Stromtrassen durch Deutschland an. Auch hier werden nicht die eigentlichen Ursachen benannt. Die politische Kommunikation ist von der Annahme geprägt, dass die Stromproduktion der Atomkraftwerke am gleichen Ort ersetzt werden muss. Und dies durch eine Infrastruktur, die weiter auf zentralen Erzeuger- und Verteilereinheiten beruht. Es wird keine Diskussion darüber geführt, ob das der einzig gangbare Weg wäre. Die Themen Dezentralisierung der Energieversorgung und der Energieproduktion spielen keine Rolle. Deshalb lässt sich sagen, dass es im Kern darum geht, die Interessen der vier großen Energiekonzerne ins Zeitalter der erneuerbaren Energien zu retten.

Kommunikation von oben, die das Engagement und den Sachverstand der Bürger ignoriert, produziert zwangsläufig schwer steuerbare Konflikte. Gerade beim Thema Energiewende sind Zehntausende Bürger zu Experten geworden, weil sie selbst Stromerzeuger sind. Mit der Entscheidung zur eigenen Photovoltaikanlage oder der Beteiligung an einem Windpark haben sie sich mit der Thematik auseinandergesetzt. Gegen dieses enorm breite Wissen zu agieren sorgt zwangsläufig für Widerstand.

Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürger. Diese aktive Form der Teilhabe setzt Wissen um Zuständigkeiten und Verfahren voraus. In einer demokratischen Gesellschaft, in der es eine Vielzahl von Entscheidungsebenen gibt, muss der mündige Bürger in der Lage sein, sich immer neues Wissen selbst aktiv anzueignen. Um sich ein Bild von den Entscheidungsstrukturen, den politischen Akteuren und ihren Netzwerken machen zu können, muss er zudem seine kommunalen Mandatsträger, Abgeordneten, kommunalen Wahlbeamten, Minister und Kommissionsmitglieder kennen.

Eine bürgerliche Öffentlichkeit bedarf deshalb funktionierender Medien. In der Vergangenheit übernahmen für bundes- und landespolitische Themen vor allem die überregionalen Tageszeitungen, die Nachrichtenmagazine und der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk die Funktion, die Bürger mit Informationen und Hintergründen zu versorgen, die zu einer Teilhabe am politischen Leben notwendig sind. Auf kommunaler und regionaler Ebene oblag diese Funktion bis dato den regionalen und lokalen Tageszeitungen. Auch sie nahmen dabei immer die Landes-, Bundes- und Europapolitik ins Visier – und zwar durch eine starke regionale Optik.

Diese Beschreibung wurde im Präteritum verfasst. Denn eine funktionierende bürgerliche Öffentlichkeit ist in Deutschland keine Selbstverständlichkeit mehr. Mehrere Faktoren tragen dazu bei. Wesentlich ist die Verknüpfung des wirtschaftlichen Bedeutungsrückgangs der Tageszeitungen und des steigenden Desinteresses der Leser an ihnen. Ein Blick nach Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass die klassische Medienlandschaft dort nicht mehr in der Lage ist, qualitativ guten Journalismus auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene aus einer Redaktion anzubieten. Mecklenburg-Vorpommern hat schon heute keine Redaktion mehr, die Lokales und Mantel vollständig aus einer Hand liefert. Die Ostsee Zeitung erhält ihren Mantel von der Mutter aus Kiel. Die Schweriner Volkszeitung hat die Mantelredaktionen in eine eigene Tochtergesellschaft ausgegliedert, die wiederum Inhalte von der Mutter in Flensburg übernimmt. Der Nordkurier schließlich kauft seinen Mantel bei der Tochtergesellschaft der Schweriner Volkszeitung komplett ein. Dadurch sinkt die journalistische Qualität und in Folge auch das Interesse der lokalen Öffentlichkeit an den Medien – und der Medien an komplexen, für eine funktionierende Demokratie aber notwendigen Sachverhalten.

Dieser Befund ist in Mecklenburg-Vorpommern besonders gravierend, weil dort die anhaltende Bevölkerungsabwanderung und das sinkende Engagement der Verlage einhergehen. Aber auch in anderen Regionen Deutschlands sind Verlage nicht mehr willens oder in der Lage, quantitativ und qualitativ gut besetzte Redaktionen vorzuhalten. Diese Prozesse lassen sich übrigens auch in den Niederlanden und in Frankreich ebenso wie in Polen beobachten.

Einige Zahlen verdeutlichen das. In den vergangenen zehn Jahren sind Auflagenrückgänge von 30 Prozent und mehr bei ostdeutschen Tageszeitungen keine Seltenheit. Das heißt, dass in mehr als zwei Dritteln der Haushalte keine Zeitung mehr gelesen wird. Gleichzeitig mussten Rückgänge der Anzeigenerlöse teilweise um mehr als 50 Prozent verkraftet werden. Als Kompensation wurden die Abonnementspreise deutlich erhöht. Motto: Hauptsache die Erlössteigerung ist größer als der Verlust durch den Abgang an Abonnenten. Dadurch sinkt die Auflage weiter – ein Teufelskreis, der durch anderweitige Erlöse wie etwa aus Online-Aktivitäten nicht durchbrochen werden kann.

In der Folge ist die Anzahl der Mitarbeiter stark gesunken. Bei einigen Blättern im Osten sind in den vergangenen Jahren mehr als ein Drittel der Redakteursstellen weggefallen.

Da aber, wo Lokalredaktionen zusammengelegt und ausgedünnt werden, kann weniger und qualitativ schlechter über die betroffenen Orte berichtet werden. Gleichzeitig schwindet die



Noch wird gedruckt – aber besonders in Ostdeutschland gehen die Auflagen der Tageszeitungen massiv zurück. Foto: Uwe Thiemann

Fähigkeit der Redaktionen, zu reflektieren, welche Entscheidungsebene für welche Auswirkungen vor Ort verantwortlich ist. All dies verstärkt noch den Bedeutungsschwund der Tageszeitung als flächendeckendes Medium.

Verstärkt wird dieser Prozess durch die sich ändernde Nutzung von Medien. Vereinfacht lässt sich sagen, dass jüngere Menschen weniger Zeitung lesen. Sie sind stärker im Internet aktiv. Dabei nutzen sie soziale Netzwerke auch zur Informationsbeschaffung. Traditionelle Medienhäuser sind in diesem Bereich in der Regel schlecht aufgestellt. Tageszeitungen sind meist nicht in der Lage den Reichweitenrückgang durch eigene Online-Aktivitäten zu kompensieren – weder inhaltlich noch wirtschaftlich. Dies liegt vor allem daran, dass die Zeitung und deren Inhalte gezielt geschützt werden. Sie sollen aus strategischen Erwägungen möglichst nicht kostenfrei in gleicher Qualität ins Netz gestellt werden. Außerdem sind die Portale der Tageszeitungen nicht darauf ausgelegt, die Vernetzung mit der Region zu fördern, da regionale Blogs und andere Webseiten als Konkurrenz gesehen werden.

Diese sich auflösende Funktion der Regionalzeitung kann bislang von keinem anderen Medium kompensiert werden. Das liegt vor allem an der unzureichenden Ertragssituation im Lesermarkt und im Anzeigenmarkt. Allenfalls die über Gebühren finanzierten Öffentlich-Rechtlichen Sender können es sich leisten, unabhängig vom Markt ihre publizistische Aufgabe wahrzunehmen. Aber diese Sender sind nicht lokal gebunden. Sie berichten nur punktuell und oft auch nur bei sogenannten "Aufreger-Themen". Kontinuität im Lokalen wird von ihnen kaum gewährleistet. Aber genau diese Funktion muss erfüllt werden, um Demokratie überall in Deutschland am Leben zu halten.

Das einzige Ersatz-Medium, das sowohl die analytische Tiefe als auch die notwendige Reichweite erzielen könnte, wäre eine fundierte Internet-Seite, die andere lokale Seiten nicht als Konkurrenz, sondern als Partner wahrnimmt. Das Internet stellt nicht nur einen breiten Informationskanal mit geringen Vertriebskosten zur Verfügung. Es bietet auch die Möglichkeit, die Bürger aktiv in die Herstellung einer partizipativen Öffentlichkeit einzubeziehen. Dazu bietet das Internet nicht nur die bekannten Kommentarund Diskussionsfunktionen, sondern auch das Potenzial, Bürger auch in peripheren Regionen aktiv in die kritische Berichterstattung einzubeziehen.

Aber trotz der deutlich günstigeren Vertriebskostenstruktur wird es gerade in wirtschaftlich gebeutelten Regionen auf absehbare Zeit keine Möglichkeit geben, die notwendigen Erlöse zu erzielen, um solch ein Internetangebot mit qualitativ hochwertigen redaktionellen Inhalten zu finanzieren, die auch in der Breite ein Minimum an Information und Kommunikation für das Funktionieren unserer Demokratie absichern. Deshalb ist es sinnvoll, eine Debatte anzustoßen, wie eine Finanzierung durch Stiftungen oder nach einem Gebührenmodell wie beim Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk aussehen könnte.

Andreas Oppermann ist Ressortleiter Neue Märkte bei der Märkischen Oderzeitung in Frankfurt/Oder. Der Artikel basiert auf einem Vortrag vom 24. September 2011 im Rahmen des Workshops "Demokratische Beteiligungsformen auf dem Prüfstand" in Kassel.



Mitten im Leben: Das Bremer Rathaus, in dem am 29. Oktober 2011 die Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. tagte. Foto: Conny Baeyer

#### Mitgliederversammlung diskutierte Wege zur Stärkung der Demokratie

Wie lässt sich unsere Demokratie durch mehr verantwortliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger erneuern? Seit der Mitgliederversammlung 2010 in Stuttgart beschäftigt sich Gegen Vergessen mit dieser Frage. In der Mitgliederzeitschrift wurden unterschiedliche Aspekte dieses Themas beleuchtet, Vorstand und Beirat diskutierten darüber und am 23. und 24. September führte Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gemeinsam mit dem Bündnis für Demokratie und Toleranz eine Tagung "Demokratische Beteiligungsformen auf dem Prüfstand" in Kassel durch. Natürlich stand das Thema auch bei der Mitgliederversammlung am 29. Oktober 2011 in Bremen auf der Tagesordnung. Auf dem Podium im Festsaal des Bremer Rathauses diskutierten Prof. Dr. Bernd Faulenbach, die ehemalige Bundesministerin Renate Schmidt, die Bundestagsabgeordnete Kerstin Griese und der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, moderiert von Cornelia Schmalz-Jacobsen, mit einander, bevor die Debatte für alle anwesenden Mitglieder geöffnet wurde.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass grundsätzlich daran gearbeitet werden muss, Bürgerinnen und Bürger zu einer aktiven Teilnahme an unserer Demokratie zu bewegen und dass eine moderne Demokratie auf Parteien nicht verzichten darf. Außer Frage stand auch, dass Politik nicht in erster Linie Einzelinteressen verfolgen solle, sondern gemeinwohlorientiert sein müsse. Welche Maßnahmen nun im Einzelnen aber zu einem Mehr an Bürgerbeteiligung führen können, darüber gab es auf dem Podium und unter den Mitgliedern unterschiedliche Ansichten, etwa zu der Frage, ob Volksentscheide auf Bundesebene eingeführt werden sollten oder nicht. Mehrfach wurde betont, dass Phänomene wie die Occupy-Wallstreet-Bewegung und der Erfolg der Piraten-Partei ernstgenommen werden müssen, auch auf das Internet als Ort und Instrument politischer Willensbildung wurde immer wieder hingewiesen. Einig war man sich, dass Parteien demokratische Teilhabe kontinuierlich realisieren und auf Transparenz achten sollten und man neu darüber nachdenken

#### Verantwortliche Teilhabe in Politik und Gesellschaft



Diskutierten auf dem Podium (v.l.n.r.): Eberhard Diepgen, Renate Schmidt, Cornelia Schmalz-Jacobsen als Moderatorin, Bernd Faulenbach und Kerstin Griese. Foto: Uli Mählert

müsse, wo genau die Grenze zwischen Parteimitgliedern und Nichtmitgliedern etwa bei der Auswahl von möglichen Mandatsträgern verlaufen solle. Deutlich wurde, dass es das Allheilmittel gegen Politikferne nicht gibt, sondern dass auf allen Ebenen die politischen Kommunikations- und Beteiligungsformen überdacht und verbessert werden müssen. Diesen gesellschaftlichen Veränderungsprozess zu begleiten und gegebenenfalls mit anzuregen, sei, so fasste es die stellvertretende Vorsitzende, Frau Schmalz-Jacobsen, am Ende der Diskussion zusammen, eine Aufgabe der Vereinigung. Längst sei man aber mit der Diskussion noch nicht am Ende. Daher wurde auch der Wunsch der Mitgliederversammlung, ein weiteres Seminar zum Thema "Mehr Bürgerbeteiligung an Demokratie" durchzuführen, positiv aufgenommen. (siehe Kasten)

Am 21. April 2012 findet in Berlin eine Tagung statt, auf der Mitglieder von Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. weiter über das Thema Demokratie und Bürgerbeteiligung diskutieren werden. Tagungsort ist von 9-17 Uhr die Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Am Vorabend (Freitag, 20. April 2012) besteht die Möglichkeit, um 18 Uhr an einer Führung durch die innovative Ausstellung 7xjung von Gesicht zeigen e.V. (S-Bahnhof Bellevue) teilzunehmen. Für einen geselligen Austausch sind im Anschluss Plätze in einem Restaurant reserviert.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie an dieser Tagung teilnehmen. Das genaue Programm erscheint in Kürze auf der Homepage der Vereinigung. Bitte teilen Sie der Geschäftsstelle kurz mit, wenn Sie an dieser Veranstaltung interessiert sind. Dann können wir Ihnen alle weiteren Informationen auch per Email oder postalisch zukommen lassen.

#### Mitgliederversammlung in Bremen



Mit Freude dabei: Hans Koschnick, ehemaliger Bremer Bürgermeister und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.<u>: Foto: Uli Mählert</u>

Auf herzliche Einladung des Bremer Bürgermeisters Jens Böhrnsen, tagte die Mitgliederversammlung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. am 29. Oktober 2011 im Festsaal des Bremer Rathauses. Wie tief und eng die Verbindungen zwischen der Hansestadt und Gegen Vergessen – Für Demokratie sind, wurde schnell deutlich: Der ehemalige Bremer Bürgermeister Henning Scherf, Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., begrüßte die Mitglieder, besonders aber einen seiner Vorgänger im Amt des Bremer Bürgermeisters, Hans Koschnick, der als Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in den Jahren 2000 bis 2003 die Vereinigung stark prägte. Joachim Gauck brachte es humorvoll auf den Punkt: "Uns standen hier überall Türen offen, das war natürlich so, weil die Bremer nette, geschichtsbewusste Menschen sind, die viel von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. halten, aber irgendwie haben wir das doch ganz besonders Dir, lieber Hans Koschnick, zu verdanken."

Welche Türen offenstanden, das hatten Vorstand und Beirat schon am Vorabend der Mitgliederversammlung erfahren, als Sie zu Gast bei der Firma Astrium einen Einblick in die Weltraumforschung erhielten und dort auch die Vorstands- und Beiratssitzung abhalten konnten. Auch am Samstagvormittag bot sich denjenigen Mitgliedern, die an der Führung durch den "Denkort Bunker Valentin" in Bremen-Rekum teilnahmen, eine nicht alltägliche Perspektive auf eines der größten Rüstungsprojekte der NS-Zeit. Von 1943 bis 1945 arbeiteten Tausende Häftlinge aus Konzentrations- und Arbeitserziehungslagern, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene unter unmenschlichen Bedingungen auf der Baustelle des Hochbunkers zur U-Bootproduktion.

Auf der Mitgliederversammlung stellten der Vorsitzende und seine Stellvertreter verschiedene Themenfelder vor, die im Jahr 2011 die Vereinigung beschäftigten. Während Joachim Gauck auf die Erinnerungsarbeit für NS-Opfer hinwies und im Zusammenhang mit dem 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die

Sowjetunion besonders die zivilen Opfer des Vernichtungskrieges im Osten erwähnte, berichtete Eberhard Diepgen von den Bemühungen der Vereinigung, auch in den alten Bundesländern zur Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte anzuregen, in dem z.B. nach einer Möglichkeit gesucht wird, die bestehende Sammlung zur DDR-Geschichte in Pforzheim durch die Gründung einer Stiftung abzusichern. Frau Schmalz-Jacobsen stellte den Mitgliedern das in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführte Schwerpunktprojekt "Praktische Geschichtsvermittlung in der Einwanderungsgesellschaft" vor, während Prof. Faulenbach über die intensive Beschäftigung der Vereinigung mit dem Thema Demokratie und Bürgerbeteiligung sprach.

Geschäftsführer Dr. Michael Parak betonte in seinem Bericht die Erfolge und Weiterentwicklungen der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus, die im Jahr 2011 die Elternarbeit, die Zusammenarbeit mit den Landessportbünden und die Vernetzung auf europäischer Ebene vorangetrieben hat. Er konnte auch auf den erstmalig schon vor der Mitgliederversammlung verschickten, gedruckten Jahresbericht hinweisen, der über die Veranstaltungen und Tätigkeiten von Vorstand, Regionalen Arbeitsgruppen und Geschäftsstelle auf 40 Seiten Auskunft gibt. Die Mitgliederversammlung verabschiedete auch eine Entschließung zum Gedenk- und Informationsort T4 in Berlin, in der sich Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. für eine angemessene Information über die NS-"Euthanasie" am ehemaligen Ort der Täter einsetzt und damit die langjährigen Bemühungen des Gründungsvorsitzenden Dr. Hans-Jochen Vogel unterstützt, der aus gesundheitlichen Gründen in Bremen nicht dabei sein konnte.



#### Erzählen als Ausdruck von Freiheit

#### Preisverleihung in der Bremischen Bürgerschaft



Joachim Gauck und Laudatorin Christina Weiss mit Preisträger Rafik Schami. Foto: Conny Baeyer

Den feierlichen Schlussakt der Mitgliederversammlung in Bremen bildete am 30. Oktober die Verleihung der Preise "Gegen Vergessen – Für Demokratie" und "Waltraud-Netzer-Jugendpreis" in der Bremischen Bürgerschaft. Architektonisch bot der Ort einen hellen, klar konturierten Kontrapunkt zum ehrwürdigen Ambiente des 600 Jahre alten Bremer Rathauses, in dem zuvor getagt wurde. Musikalisch umrahmte das Quartett "Cuatro Palos" die Veranstaltung stilvoll mit Mozart. Und inhaltlich beeindruckten die Preisträger, der Schriftsteller Rafik Schami und die Mitglieder des Theaterprojektes "Mölln nach Mölln", mit sehr persönlichen Beiträgen und durch ihr aufrüttelndes Engagement.

Die jugendlichen Teilnehmer des Projekts "Mölln nach Mölln" des Vereins "Miteinander leben" haben ein Jahr lang unter der Leitung zweier Theaterpädagoginnen ein Bühnenstück erarbeitet, das die Brandanschläge auf zwei von türkischen Familien bewohnten Häusern in Mölln im Jahr 1992 aufgreift. Die stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Cornelia Schmalz-Jacobsen, lobte in ihrer Laudatio die Energie und Einfühlsamkeit der Jugendlichen im Umgang mit dem schmerzhaften Thema. Schmalz-Jacobsen: "Für junge Leute heute ist das Geschichte. Sie waren damals noch gar nicht geboren. Sie mussten sich also in die Erinnerung anderer hinein fühlen. Sie haben Angehörige, Freunde und Nachbarn befragt. Manch einer der Befragten sprach zum ersten Mal über den Schock von Mölln." Schmalz-Jacobsen regte an, das daraus entstandene Stück "Brandmal" auch in anderen Städten zu zeigen, in denen es gewalttätige Übergriffe gegeben hatte.

Der Mitwirkende Ercan Kök, der "Brandmal" gemeinsam mit seinen Mitspielerinnen inzwischen mehrfach in Schulen und auf Tagungen gezeigt hat, sagte: "Ich hätte nie gedacht, dass dieses Stück über die Möllner Brandanschläge eine solche Anerkennung findet. Zudem war ich sehr überrascht darüber, wie emotional das Thema auch für uns wurde."

Emotional berührte auch die Laudatio der ehemaligen Kulturstaatsministerin Christina Weiss auf Rafik Schami. Sie überschrieb ihren Beitrag mit "Vom Wetzen der Zunge" und meinte damit die "charmante Schärfe", mit der Rafik Schami seine Erzählkunst nutzt, um sich für die Einhaltung von Freiheits- und Minderheitenrechten einzusetzen. Weiss sagte: "Er attackiert Missstände in seinem Heimatland Syrien, er attackiert Missstände in Deutschland, wo er lebt – offen, aber niemals mit böser Zunge." Darüber hinaus hob sie die humorvolle Art hervor, mit der Rafik Schami "das Verstehen des Fremden zu einer wunderbaren Sehnsucht nach der Vielfalt der Welt" macht. Für den 65-jährigen Schriftsteller, der seit 1971 im deutschen Exil lebt, sei Erzählen ein Ausdruck von Freiheit.

Rafik Schami selbst schenkte dem Publikum eine kleine Kostprobe seiner mündlichen Erzählkunst, nutzte seine Replik aber auch für einen Appell. Er forderte vor den mehr als 200 Zuhörern eindringlich, "dass der Westen die tapferen Frauen und Männer in meinem Land nicht vergisst, die mutig und mit offenen Händen der brutalen Gewalt des syrischen Regimes Widerstand leisten." Er warnte davor, dass die Gleichgültigkeit gegenüber dem Leid ganzer Völker der schlimmste Feind von Freiheit und Demokratie im eigenen Land sei. Rafik Schami: "Die Gleichgültigkeit macht die Menschen ihrer eigenen Freiheit unwürdig. Sie macht sie zu Komplizen und passiven Helfern des Unrechts. Demokratie und Freiheit nehmen dadurch Schaden. Die Gleichgültigen spüren nicht einmal, wenn Demokratie und Freiheit im eigenen Land gefährdet sind." Er forderte die deutsche Regierung zu offener und mutiger Solidarität mit der syrischen Opposition auf. Das Preisgeld von 7500 Euro will er an verschiedene Initiativen in Syrien und Deutschland spenden.

Der Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie Joachim Gauck erinnerte daran, dass es einen Grundgedanken gibt, der die Träger bürgerschaftlichen Engagements überall eint. Gauck: "Es ist das Prinzip aktiv mitzumachen und sich für zuständig zu erklären". Die geehrten Preisträger leben dieses Prinzip in besonderem Maße.

Die diesjährige Preisverleihung hat ein breites Medienecho gefunden, auch Außenminister Guido Westerwelle gratulierte Rafik Schami in einer Pressemitteilung und ließ sie über die Botschaften mehrerer Länder verbreiten. "Gegen Vergessen – Für Demokratie" dankt der Frauke-Weber-und Rainer-Braam-Stiftung und der Gesundheitsbetriebe Dr. Nikolaus Netzer Verwaltungs GmbH für die Stiftung der Preisgelder und dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Christian Weber für die Gastfreundschaft. Ein Video über die Preisverleihung, die Beiträge der Laudatorinnen und die Dankesrede von Rafik Schami stehen auf der Homepage www.gegen-vergessen.de zur Verfügung.

#### Spurensuche. Lokal- und Regionalgeschichte als Migrationsgeschichte

Ein Workshop im Rahmen des Schwerpunktprojektes "Praktische Geschichtsvermittlung in der Einwanderungsgesellschaft"



Spätaussiedler in Wolfsburg – Gespräch mit Alexander Rudi (linke Bildmitte), Vorsitzender der Ortsgruppe Wolfsburg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, im Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation (IZS) Wolfsburg. Rechts neben Herrn Rudi: Werner Strauß, Stellvertretenden Leiter des IZS, und Alexandar Nedelkovski, Leiter der Geschichtswerkstatt im IZS. Foto: Dennis Riffel

Ruth Wunnicke

Zu allen Zeiten verließen Menschen immer wieder ihre ursprüngliche Heimat. Und auch Deutschland ist schon lange ein Ein- und Auswanderungsland. Die Migrationsgeschichte hat in der deutschen Geschichts- und Sozialwissenschaft noch keine lange Tradition und erst seit wenigen Jahren finden Migrations- und Herkunftsgeschichte Eingang in die historisch-politische Bildung in Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen. Eine Vermittlungsmethode dabei ist die sogenannte Spurensuche, d.h., das lokale Umfeld wird nach Spuren unterschiedlicher Wanderungsbewegungen untersucht. Die Beschäftigung mit dem eigenen unmittelbaren Lebensraum bietet Jugendlichen einen niedrigschwelligen, lebensweltlichen Zugang zur Geschichte und lädt dazu ein, sich mit Fragen nach der eigenen Herkunft und Identität zu beschäftigen.

#### Migrationsgeschichte in Wolfsburg

Im September 2011 lud Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gemeinsam mit Herrn Dr. Manfred Grieger, Leiter der Historischen Kommunikation der VW AG, und der Bundeszentrale für politische Bildung Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der historisch-politischen Bildung zu einem anderthalbtägigen Workshop nach Wolfsburg ein. In diesem Workshop wurde das Format der Spurensuche zur Vermittlung lokaler Migrationsgeschichte analysiert, diskutiert und bewertet.

Die junge Geschichte der Stadt Wolfsburg ist geprägt von sehr unterschiedlichen Migrationsbewegungen: italienische "Schwarzhemden" als Leiharbeiter, Zwangsarbeiter, Flüchtlinge und Vertriebene, "Gastarbeiter" verschiedener Nationen, Aussiedler und Spätaussiedler. 35 Nationen leben heute in Wolfsburg, wovon die Italiener mit über 5.000 Menschen die größte Bevölkerungsgruppe vor Menschen aus Polen und der Türkei sind. Mehr als 17.000 Aussiedler, Angehörige der deutschen Minderheiten vor allem aus

Polen, Rumänien und der UdSSR, kamen in den letzten 30 Jahren nach Wolfsburg und blieben mehrheitlich in der Stadt.

Mit Angehörigen verschiedener Gruppen, die in Wolfsburg einen ersten Zugang zum Thema Migration darstellen können, trafen sich die Teilnehmer des Workshops zu Gesprächen: Mit dem Bund der Vertriebenen, der Ortsgruppe Wolfsburg der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V., der Liberalen Jüdischen Gemeinde Wolfsburg, dem Centro Italiano. Da viele Spurensuchen auch auf solche Gruppen stoßen, sollte hinterfragt werden, was sie zu solchen Projekten beitragen können. Das Stadtarchiv Wolfsburg präsentierte sein pädagogisches Angebot für Schüler zur Erforschung der Migrationsgeschichte der Stadt.

#### Methoden der Spurensuche

Die Teilnehmer des Workshops waren sich einig darin, dass Spurensuche Jugendlichen die Vielfalt von Lebenswelten aufzeigen und ihnen helfen kann, gewisse Klischees zu durchbrechen. Es sollte jedoch nicht erwartet werden, Jugendliche mittels der Auseinandersetzung mit Migrationsgeschichte zu mehr Toleranz zu erziehen.

Die Teilnehmer des Workshops diskutierten und entwickelten Empfehlungen für eine Spurensuche zur Migrationsgeschichte, die sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum angewandt werden kann. Empfohlen wurden entsprechende Orte, Institutionen und Personen/Zeitzeugen, die zur lokalen Spurensuche und als Kooperationspartner herangezogen werden können. Die Methoden und Herangehensweisen sind dabei vielfältig. Von einer vorbereiteten Recherche im lokalen Archiv über Interviews, der Suche nach Gegenständen der Migrationsgeschichten, Besuchen in Religionsgemeinschaften bis hin zur freien Fotodokumentation im lokalen Umfeld ist vieles möglich. Entscheidend ist jedoch, den Lehrern und

Multiplikatoren die Scheu vor diesem zeitlich aufwändigen Projekt zu nehmen. Dabei spielt die Anbindung an Lehrpläne und Rahmenprogramme außerschulischer Bildungseinrichtungen, wie Erinnerungsorte oder Volkshochschulen, eine entscheidende Rolle.

#### Orte und Institutionen der Spurensuche

Orte wie z.B. Friedhöfe, Denkmäler, Straßenzüge, Läden und Restaurants und Institutionen wie z.B. Archive, Museen, Ortsfeuerwachen, Migranten- und Religionsgemeinschaften und Heimatstuben bieten für die lokale Spurensuche wichtige Anhaltspunkte. Durch den historischen Ansatz bei der Spurensuche können die Veränderungen von Orten oder Institutionen untersucht und Einflüsse durch Migration sichtbar gemacht werden. Einzelne Stadtarchive haben sich bereits auf das Thema Migrationsgeschichte eingelassen und bieten pädagogische Programme für Schulen an. Lehrer und Multiplikatoren können sich in ihrem Umfeld feste Orte oder Kooperationspartner in Institutionen suchen. Vor allem in der Zusammenarbeit mit Institutionen sollte bedacht werden, dass sie, ähnlich wie Zeitzeugen, bestimmte Narrative weitergeben, die kritisch hinterfragt werden müssen. Doch nicht immer muss bei der Spurensuche die Arbeit mit Orten und Institutionen sinnvoll sein. Jugendliche haben durchaus einen eigenen Blick auf das Thema Migration, wenn Sie beispielweise mit einem Fotoapparat unterwegs sind: Plakate, Graffiti und Straßenszenen können viel über Migration erzählen und als Einstieg in eine Spurensuche genutzt werden.

#### Spurensuche mit Zeitzeugen

Die Arbeit mit Zeitzeugen ist für die Spurensuche zur Migrationsgeschichte unerlässlich. Zeitzeugen können über Religionsgemeinschaften, Migrantenvereine oder anderweitige ortsansässige Gruppen, wie z.B. die Feuerwehr oder Karnevalsvereine, gewonnen werden. Gleichwohl muss die Zusammenarbeit mit Zeitzeugen gut vor- und nachbereitet werden. Zeitzeugenberichte bedürfen einer besonderen Reflexion, denn sie geben eine private, oft von fremden Erinnerungen und Deutungsversuchen überlagerte Perspektive auf die Geschehnisse wieder. Dieser biographische Zugang stellt Schüler und Lehrer vor die Aufgabe, von der individuellen Ebene des Zeitzeugen wieder zurück zur allgemeinen Ebene zu gelangen und den Zeitzeugen als historische Quelle zu verstehen. Lehrer sollten daher ihre Schüler zuvor mit der Methode der Oral History vertraut machen.

Insbesondere für die Erforschung der Migrationsgeschichte ist besondere Sorgfalt im Umgang mit Zeitzeugen geboten, denn nicht alle Zuwanderungsgruppen, die per definitionem als Migranten gelten, wollen als solche verstanden werden, wie z.B. Mitglieder des Bundes der Vertriebenen oder Spätaussiedler. Oftmals liegt der Grund in der negativen Konnotation der Begriffe "Migrant" und "Menschen mit Migrationshintergrund". Dabei spricht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge von Migration "wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht." Demnach ist nahezu jeder Mensch ein Migrant. Selbst wer von Mecklenburg nach Bayern zieht, gilt als Binnenmi-



Dr. Manfred Grieger, Leiter der Historischen Kommunikation der VW-AG mit Workshopteilnehmern auf dem Klieversberg bei Wolfsburg. Foto: Dennis Riffel

grant. Enger gefasst ist der Begriff "Menschen mit Migrationshintergrund". Dabei ist "Migrationshintergrund" ein Ordnungskriterium der deutschen amtlichen Statistik zur Beschreibung "einer Bevölkerungsgruppe, die aus seit 1950 eingewanderten Personen und deren Nachkommen besteht". Geprägt wurde der Begriff erst in den 1990er Jahren. Er war eine Reaktion auf den Umstand, dass aus den postkommunistischen Staaten vermehrt Aussiedler nach Deutschland kamen, die zwar eine deutsche Volkszugehörigkeit hatten, aber ähnliche Probleme bewältigen mussten wie andere Zuwanderergruppen auch. Im Alltag und in den Medien hat sich der Begriff "Migrationshintergrund" durchgesetzt, wird aber immer wieder unkorrekt als Synonym für "Ausländer" oder "Migrant" benutzt

#### Spurensuche zur Migrationsgeschichte in den neuen Bundesländern

Während in den alten Bundesländern Museen und Archive zunehmend die lokale Migrationsgeschichte in den Focus nehmen – derzeit vor dem Hintergrund der Anwerbeabkommen – herrscht in den neuen Bundesländern noch Unsicherheit. Informationen zu diesem Thema lassen sich u.a. im Schlesischen Museum Görlitz oder im Pommerschen Landesmuseum Greifswald finden. Ebenso bieten Familiengeschichten einen guten Ansatz. Vertragsarbeiter in der DDR, u.a. aus Asien und Afrika, gingen nach einer bestimmten Zeit zurück in ihre Heimatländer. Doch auch sogenannte temporäre Migranten haben Spuren hinterlassen, die untersucht werden sollten. In Stadt- und Werksarchiven können teilweise noch Unterlagen oder Fotoalben Auskunft über Vertragsarbeiter geben. Geeignete Zeitzeugen sind jene einstigen Vertragsarbeiter, die nach 1989 in der Bundesrepublik blieben.

Ruth Wunnicke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. im Projekt "Praktische Geschichtsvermittlung in der Einwanderungsgesellschaft"

## Tagung "Gedenkstättenarbeit und Zeitzeugeninterviews"



Teilnemerinnen und Teilnehmer des Workshops im Archiv des ITS in Bad Arolsen. Foto: Dennis Riffel

Am 17. und 18. November 2011 führte die Bundesstiftung Aufarbeitung und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Kooperation mit dem Internationalen Suchdienst (ITS) in Bad Arolsen eine Tagung zum Thema "Gedenkstättenarbeit und Zeitzeugeninterviews" durch. 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter viele Mitarbeiter/innen der politischen Jugendbildung und von Gedenkstätten, befassten sich zwei Tage lang mit der Geschichtsvermittlung durch Zeitzeugen.

Der Besuch beim ITS, der rund 30 Millionen Dokumente, darunter eine große Zahl personenbezogener Unterlagen für Opfer und Überlebende der nationalsozialistischen Verfolgung bewahrt, war Auftakt der diesjährigen Tagung. Hier verschafften sich die Teilnehmer/innen einen Überblick über den Dokumentenbestand sowie die Aufgaben des ITS, der sich im Jahr 2007 für die wissenschaftliche Forschung geöffnet hat.

Susanne Urban, Bereichsleiterin Forschung im ITS, bezeichnete oral history als wichtiges Medium zur Vermittlung von Geschichte. Sie betonte: "Wenngleich im ITS keine Audios oder Videos von Überlebenden der nationalsozialistischen Verfolgung vorliegen, so verfügen wir über all jene Dokumente, die diese Erinnerungen flankieren, illustrieren und ergänzen." Zu dem Bestand der Displaced Persons (DP) zählen beispielsweise Fragebögen, die direkt nach dem Krieg von den Überlebenden selbst ausgefüllt wurden. Sie sind die ersten skizzierten Erinnerungen von den Betroffenen.

"Diese Auskünfte der DPs, die teilweise sehr ausführlichen Briefe aus den Korrespondenzakten von den Opfern an den ITS und die Interviews, die in den vergangenen Jahren von der Shoah Foundation und anderen Organisationen aufgezeichnet wurden, sind spannend zu vergleichen", meint Historiker Alexander von Plato. "Es ist interessant zu sehen, wie unterschiedlich Überlebende in gewissen Abständen über ihr Schicksal erzählen." Plato selbst stellte ein Interviewprojekt mit Zeitzeugen zum Thema ""Die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945" vor.

Neben der ausführlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Beständen des ITS sowie dem Interviewprojekt zu Dresden, wurden verschiedene Zeitzeugenprojekte zur DDR-Geschichte und ein Projekt, das sich mit der Sicht türkischer Generationen auf Mauerfall und Wiedervereinigung beschäftigt, vorgestellt. Im Rahmen der Tagung wurden Erfahrungen in der Arbeit mit Zeitzeugen an Gedenkstätten, in der politischen Bildungsarbeit, aber auch bei Ausstellungen, Filmprojekten oder Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert. "Im Mittelpunkt stand auch die Frage, wie wir mit der Erinnerungsarbeit weiter machen, wenn in Zukunft keine Zeitzeugen mehr da sind", sagte Ernst Klein, Regionaler Sprecher Nordhessen-Südniedersachsen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

#### RAG Rhein-Main, Sektion Südhessen

#### Anne Frank – eine Geschichte für Darmstadt



Einige der Literaturpreisträger der Lichtenbergschule bei der Gedenkveranstaltung am 27. Januar 2011. Foto: Wolfgang Sachse

Klaus Müller

"Zwei Stunden Gänsehaut pur" – so titelte das Darmstädter Echo am 29. Januar 2011 seinen Bericht über eine Abendveranstaltung in der Aula der Darmstädter Lichtenbergschule am 27. Januar – dem Holocaust-Gedächtnistag 2011. So wie dem Redakteur der Zeitung erging es vielen an diesem Abend. Ein so nicht geplanter, spontan sich einstellender Spannungsbogen lag über den zwei Stunden, in denen Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 5 – 12 dieser Schule – musikalisch umrahmt – Texte und Gedichte vortrugen, die sie im Rahmen eines schulinternen Literaturwettbewerbs verfasst hatten. Der stand unter der Überschrift "Anne Frank – eine Geschichte für heute".

Hintergrund für diesen Wettbewerb war die große Anne-Frank-Ausstellung Ende des Jahres 2010 in der Schlosskirche in Darmstadt, an der sich neben vielen anderen Schulen in Darmstadt und Umgebung auch die Lichtenbergschule in besonderer Weise beteiligt hatte.

An diesem 27. Januar entstand die Idee: Aus den vorgetragenen Texten der Schülerinnen und Schüler muss eine Broschüre für einen größeren Interessentenkreis entstehen. Über ein halbes Jahr haben wir daran gearbeitet: Margit Sachse für die Lichtenbergschule Darmstadt, Klaus Müller und Andreas Dickerboom für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Entstanden ist eine sehr stark bebilderte, locker aufgemachte 78-seitige Broschüre im DIN-A-4-Format, die Anfang September diesen Jahres fertig geworden ist.

Im Mittelpunkt stehen die Texte der Schülerinnen und Schüler der Lichtenbergschule (30 Seiten). Darüber hinaus enthält die Broschüre u.a. die Rede des Direktors des Anne-Frank-Zentrums Berlin, Thomas Heppener, anlässlich der Eröffnung der Ausstellung am 7. November 2010 in der Darmstädter Stadtkirche, Stellungnahmen jugendlicher Guides, die durch die Ausstellung geführt haben, Zeitungsberichte über die Darmstädter Anne-Frank-Tage und pädagogisch ausgerichtete Beiträge zur Aktualität des Themas Anne Frank in der heutigen Zeit.

Mögen Form und Inhalte der Broschüre dazu anregen, vergleichbare Projekte durchzuführen.

Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden über: Klaus Müller, Gundhofstraße 22, 64546 Mörfelden-Walldorf. Bitte Porto in einem Briefumschlag zuschicken. Kontakt per Mail: klausmueller-walldorf@t-online.de



Broschüre über die Darmstädter Anne-Frank-Ausstellung: ein Gemeinschaftswerk der Sektion Südhessen und der Lichtenbergschule Darmstadt

Klaus Müller ist Koordinator der Sektion Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

#### RAG Rhein-Main, Sektion Südhessen

#### Vom Wert der Geschichten



Schülerinnen und Schüler befragten Jugendbuchautor Peter Härtling zu seinen persönlichen Erfahrungen mit dem Tagebuch der Anne Frank und zu seinen Begegnungen mit Otto Frank, dem Vater der Anne Frank.

Schüler der Lichtenbergschulen Darmstadt und Ober-Ramstadt sprechen mit Jugendbuchautor Peter Härtling über ihre Erfahrungen im Anne-Frank-Projekt.

Bettina Bergstedt

Warum haben Freunde und Nachbarn weggeschaut, als die Nazis Juden oder anders Denkende deportierten? Warum wurde das Versteck von Anne Frank preisgegeben? Wie konnte der Vater von Anne weiterleben, der seine Familie in den Konzentrationslagern der Deutschen verlor? Iris Kißner von der Lichtenbergschule Darmstadt hatte bereits von Hitler und dem zweiten Weltkrieg gehört, doch waren ihre Vorstellungen eher blass, was diesen Krieg betraf. "Mit Anne Frank bekam das Grauen für mich ein Gesicht", sagt die Sechstklässlerin.

So wie Iris ging es wohl vielen Schülerinnen und Schülern, die an dem fächerübergreifenden Projekt "Anne Frank – eine Geschichte für Darmstadt" teilnahmen, das bereits im Jahr 2010 seinen Anfang nahm. Eine Ausstellung in der Schlosskirche wurde organisiert, es gab verschiedene Projekte und einen breit angelegten Literaturwettbewerb. Eine mit Fotos und Texten schön ausgestattete Dokumentation mit Ergebnissen aus Schreibwerkstätten und Erfahrungsberichten wurde am 17. Novem-ber 2011 in der Darmstädter Stadtkirche in feierlichem Rahmen vorgestellt. Als Ehrengast war der Jugendbuchautor Peter Härtling geladen.

Iris trug ihren von der Jury preisgekrönten Essay "Gedanken zur Anne Frank Ausstellung" vor, Eric Belaja sein mit dem 1. Preis der Oberstufe ausgezeichnetes Gedicht "Lebenslust", in dem er das Tagebuch der Anne Frank in seiner doppelten Funktion beschreibt: als Zuhörer und Tröster für das Mädchen in Zeiten größter Einsamkeit, und als etwas, das in unsere heutige

Zeit hineinreicht, weil es berührt – auch jene, die eigentlich sagen könnten: das hat mit uns nichts mehr zu tun, wir waren ja noch nicht einmal geboren. Eine direkte Verbindung zur Gegenwart stellten Cindy Zhang und Selim Zillich-Ünal in ihren Texten her, indem sie die Themen Unfreiheit und Lebensbedrohung durch Krieg auf Heute bezogen: die Versklavung von Kindern durch Kinderarbeit (Cindy) oder das Erleben des Krieges eines schiitischen Jungen im Irak in Form eines fiktiven Tagebuchs.

Peter Härtling mahnte in den Zwischengesprächen mit Schülern an, nicht nur in der Ferne nach Parallelen zu suchen. Mobbing unter Schülern, das sich Definieren über Markenklamotten und oft grenzenloser Konsum sei ein Verhalten, das unter uns stattfände – und Ausgrenzung zur Folge hätte.

Dass es auch anders geht, zeigte das Stolperstein-Projekt aus Ober-Ramstadt, über das Schüler berichteten: die eintätowierte KZ-Nummer auf dem Arm des ehemaligen Ober-Ramstädter Bürgers Julius Bendorf, der als Jude Auschwitz überlebte, prägte sich in das Gedächtnis der Schüler mehr ein als jede Quelle aus dem Geschichtsbuch, so Eldar Numanovic. Carmen Kehr verwies auf die Offenheit und Freundlichkeit des 94-Jährigen, der zur Stolpersteinverlegung im Jahr 2010 aus den USA angereist war – und freundschaftliche Verbindungen über das Projekt hinaus knüpfte.



Von Schülern für Schüler: die Veranstaltung in der Darmstädter Stadtkirche, die von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gemeinsam mit den Lichtenbergschulen Darmstadt und Ober-Ramstadt. Fotos: Wolfgang Sachse

Geschichtsaufarbeitung zwischen Vergeben und Vergessen diskutierten die Teilnehmer einer Polen-Studienfahrt, als sie in Majdanek spürten, wie virulent die Vorbehalte dort gegen die Deutschen immer noch sind. "Wir können etwas dafür tun, dass es so etwas nie wieder gibt", lautete das Fazit. "Und dafür sind Geschichten gut", so Härtling, "sie erzählen woher man kommt und sie zwingen einen, wenigstens für einen kurzen Moment innezuhalten."

Der Artikel erschien zuerst am 19. November 2011 im Darmstädter Echo. Wir danken der Zeitung und der freien Journalistin Bettina Bergstedt für die freundliche Genehmigung des Abdrucks

#### RAG Baden-Württemberg, Sektion Böblingen/Herrenberg/Tübingen

#### "Wir sind wandelnde Mahnmale"

Thomas Volkmann

Poppy nannten ihn seine Enkelkinder liebevoll. Er betrieb ein Schnellrestaurant in den USA und ließ es nicht zu, dass Menschen in seiner Gegenwart hungerten. Dabei war Hunger in seiner Kindheit ein ständiger Begleiter. Die Rede ist hier von Erich Baum, einem polnischen Juden, der auch Gefangener im KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen war. Seine Geschichte erzählt das Kinderbuch "Froim - der Junge aus dem Warschauer Ghetto". Der bekannte Schauspieler Walter Sittler las daraus am 17. November in der Alten Turnhalle in Herrenberg.

"Dass auch Kinder im Holocaust gelitten haben, das wird häufig vergessen", merkt Birgit Kipfer, Sprecherin der Sektion Böblingen/ Herrenberg/Tübingen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., zu Beginn der spätnachmittäglichen Lesung an. Der Anteil an Kindern war sogar beträchtlich. Jedes vierte der etwa sechs Millionen jüdischen Opfer des Nationalsozialismus war ein Kind.

Birgit Kipfer findet es wichtig, dass "auch junge Menschen sich an diese schreckliche Vergangenheit erinnern und dass sich so etwas nicht wiederholt". Zusammen mit ihrem Mann Heribert Kipfer hat sie das 1995 von David A. Adler geschriebene Kinderbuch "A Child From the Warsaw Ghetto" aus dem Amerikanischen übersetzt. Pünktlich zwei Tage vor der Lesung mit dem bekannten Stuttgarter Schauspieler Walter Sittler, bei der der "Gäubote" Mitveranstalter war, stand das mit fein gezeichneten Illustrationen von Karen Ritz bereicherte Buch, erschienen im Metropol Verlag Berlin, zur Auslieferung bereit.

Aus dem "Child" ist in der Übersetzung nun "Froim – der Junge aus dem Warschauer Ghetto" geworden. Als dieser "Froim" sich im Jahr 1944 im KZ-Außenlager Hailfingen/Tailfingen befand, muss er gerade mal 18 Jahre alt gewesen sein. Das Buch beschreibt nun die Leidensgeschichte des jüngsten von sieben Kindern einer armen Familie aus Warschau. Erich Baum – so lautete Froims richtiger Name – kommt 1938, nach dem Tod seines Vaters, zunächst in ein Waisenhaus. Zwölf Jahre ist er da alt. Er erlebt mit, wie 400 000 Juden in engsten Verhältnissen im Warschauer Ghetto leben.

Später, beim Abtransport ins Lager nach Treblinka, hat er riesiges Glück, dass er die Binde mit dem Judenstern, die er zum Brotschmuggeln immer abgelegt hat, einmal nicht trägt. Wenige Jahre später in Auschwitz kann er geistesgegenwärtig bei der Selektierung ein zweites Mal einem sicheren Todesurteil entkommen.

Die Lesung mit Walter Sittler vor rund 200 Zuhörern – darunter viele Schüler aus 4. bis 7. Klassen – macht das Schicksal dieses Jungen wieder lebendig. Auch dank der großformatig auf eine Leinwand projizierten Illustrationen von Karen Ritz, die mit dem Autor Adler auch schon das Tagebuch der Anne Frank zielgruppengerecht für Kinder und Jugendliche aufbereitet hat. Der fesselnden Buchgeschichte in der Alten Turnhalle folgt aber noch eine kurze, von Harald Roth präsentierte Zugabe.



Walter Sittler las aus "Froim – der Junge aus dem Warschauer Ghetto". Foto: Gabriel Holom

In einem Videointerview, das Erich Baum der Shoa-Foundation gab und über das Volker Mall und Harald Roth vom Verein KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen von seiner Existenz erfuhren, erzählt Baum, wie er sich durch tatkräftiges Arbeiten einmal zusätzlich einen dreiviertel Laib Brot verdiente – und wie der Bettnachbar diesen binnen zwei Minuten gierig verschlang. Nicht geschlagen zu werden, das war damals Baums Überlebensstrategie. Im Lager Dachau wurde er schließlich von den Amerikanern befreit, ging nach Israel, 1951 dann mit seinem Bruder nach Kanada, später in die USA.

Über sein Schicksal zu sprechen, das fiel Erich Baum lange Jahre schwer. Doch mehr und mehr wurde ihm bewusst, dass er wie alle anderen Überlebenden des Holocausts ein wandelndes Mahnmal ist. "Berührt mich, ich bin echt, ich war dort", sagt der 2006 verstorbene Erich Baum im Video und kann es nicht glauben, wie viele Menschen es gibt, die den Holocaust leugnen.

"Gehen Sie ans Mahnmal der Gedenkstätte in Tailfingen, suchen Sie nach seinem Namen – er steht da", fordert die ehemalige SPD-Landtags-Abgeordnete Birgit Kipfer auf. Inzwischen hat der Herrenberger Johannes Kuhn, als Dokumentarist für den Verein KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen äußerst engagiert, die Tochter Baums in Kalifornien aufgespürt. Von ihr werden sicher bald weitere Details über die Jahre des "Jungen aus dem Warschauer Ghetto" in den USA zu erfahren sein.

# David A. Adler FROIM – DER JUNGE AUS DEM WARSCHAUER GHETTO HETROPOL

David A. Adler: Froim – der Junge aus dem Warschauer Ghetto. Aus dem Englischen übersetzt von Birgit und Heribert Kipfer, hrsg. von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Sektion Böblingen/ Herrenberg/Tübingen.

Berlin (Metropol) 2011. ISBN 978-386331-061-5

Das Buch kann zum Preis von 12,- € bezogen werden bei Birgit Kipfer, Krebsbachweg 34, 71116 Gärtringen kipfer.rohrau@t-online.de

Der Artikel erschien zuerst im "Gäuboten" am 19. November 2011. Wir danken für die freundliche Genehmigung des Abdrucks.

#### **RAG Hamburg**

#### Gedenken an Carl von Ossietzky

Festakt zum 75-jährigen Jubiläum der Friedensnobelpreisverleihung an Carl von Ossietzky und erstmalige Verleihung des Schülerpreises "Querdenker"

Vor 75 Jahren erhielt Carl von Ossietzky den Friedensnobelpreis – in Abwesenheit; ein bis 2010 einmaliger Vorgang, als es dem chinesischen Dissidenten Liu Xiaobo ebenso erging.

Dieses Jubiläum war der RAG Hamburg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. eine kleine Gedenkfeier wert. Während der Veranstaltung am 8. Dezember im Carl-von-Ossietzky-Gymnasium in Hamburg wurde auch erstmalig der "Querdenker"-Schülerpreis verliehen, der besondere Leistungen im Sinne des Leitbildes der Schule würdigen und hervorheben soll.

Carl von Ossietzky steht für Werte wie Toleranz, Solidarität und Gerechtigkeit, er gibt uns ein Vorbild in Zivilcourage und selbstständigem ("Quer"-)Denken.

In dieser Tradition und als "Club of Rome"-Schule richtet das Hamburger Ossietzky-Gymnasium den Blick in Erweiterung der Perspektive Carl von Ossietzkys auf internationale soziale Gerechtigkeit sowie ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit. Schülerinnen und Schüler, die sich im Sinne Carl von Ossietzkys und/oder des Club of Rome in besonderer Weise engagiert haben, werden deshalb prämiert. In diesem Jahr wurde zum einen eine Gruppe von fünf Schülerinnen und Schülern ausgezeichnet, die kreativ und mit Engagement erreichten, dass zwei ermordeten Hamburger Juden, dem Ehepaar Salomon aus der Susannenstraße, mit zwei Stolpersteinen gedacht wird.

Außerdem wurde eine Schülerin gewürdigt, die sich als Querdenkerin erwies, als sie, trotz Widerstandes von offizieller Seite, mit Einfallsreichtum und Mut dafür sorgte, dass die Schulmensa doch noch erweitert wurde. Der Historiker Dr. Holger Martens, Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., ging anlässlich der "Querdenker"-Preisverleihung in seinem Vortrag auf die Wirkung Carl von Ossietzkys ein und fragte vor allem danach, "was sein Leben und sein Wirken uns heute sagt".

Carl von Ossietzky, so Martens, erhielt den Friedensnobelpreis, weil er sich als Journalist für Frieden, Demokratie und Völkerverständigung eingesetzt hatte. Sein Engagement resultierte auch aus der Erfahrung des Ersten Weltkrieges, den er als Soldat in Verdun erlebt hatte. Der Krieg ließ Ossietzky zu einem überzeugten Pazifisten werden. Die Nationalsozialisten sahen in Carl von Ossietzky einen Staatsfeind und sperrten ihn als politischen Gefangenen ins Konzentrationslager. Das Nobelpreiskomitee ergriff mit Ossietzkys Nobelpreisnominierung Partei für einen Regimegegner und ächtete damit das NS-Regime.. 1935 konnte sich das Nobelpreiskomitee noch

nicht zu einer Verleihung durchringen, doch sollte der Preis auch an keinen anderen verliehen werden, so dass es zunächst keinen Preisträger gab. Erst mit der Nobelpreisverleihung 1936 wurde Carl von Ossietzky der Friedensnobelpreis für 1935 nachträglich zuerkannt. Zum ersten Mal blieb ein Platz bei der Nobelpreisverleihung leer. Carl von Ossietzky durfte nicht nach Oslo reisen. Die Nazis legten ihm nahe, auf den Preis zu verzichten und versprachen ihm dafür sogar die Freiheit. Carl von Ossietzky verzichtete nicht. Hitler schäumte und ließ anordnen, dass zukünftig kein Deutscher mehr einen Nobelpreis annehmen dürfe.

Die Freiheit erlangte Carl von Ossietzky nicht wieder. Immerhin wurde der bereits schwerkranke Regimegegner aus dem KZ in ein Gefängniskrankenhaus verlegt. Am 4. Mai 1938 starb Carl von Ossietzky an einer Lungentuberkulose im Alter von 49 Jahren.

Holger Martens zog die Parallele von Carl von Ossietzky zu Liu Xiaobo, der 2010 für seinen gewaltfreien Kampf für Menschenrechte in China mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Zum ersten Mal seit 1936 blieb der Stuhl eines Nobelpreisträgers leer, weil China den Menschenrechtsaktivisten ins Gefängnis gesperrt hatte und ihm eine Reise nach Oslo verweigerte. Liu Xiaobo wird weiter gefangen gehalten und als ein gewöhnlicher Krimineller bezeichnet.

Zu den Gemeinsamkeiten von Ossietzky und Xiaobo sagte Holger Martens: "Beide waren offensichtlich als Einzelpersönlichkeiten in der Lage, mit ihren Fragen und durch ihr Schreiben einen ganzen Staat herauszufordern. Und zwar so herauszufordern, dass die Mächtigen dieser Staaten sich bedroht fühlten oder doch zumindest stark provoziert." Holger Martens machte die anwesenden Schülerinnen und Schüler auch auf die Herausforderung durch Rechtsextremisten in der heutigen Zeit aufmerksam, etwa durch die Kranzniederlegungen durch Neonazis am Ehrenmal für die Gefallenen der beiden Weltkriege in Lemsahl-Mellingstedt zum Volkstrauertag. Damit, so Martens, "muss uns allen klar sein, dass die Werte für die sich Carl von Ossietzky engagiert hat – Toleranz, Demokratie und Völkerverständigung – nichts an Aktualität verloren haben und jeder von uns aufgefordert ist, seinen Beitrag dazu zu leisten, dass Intoleranz, Fremdenhass und jede Form von rechtem Gedankengut keinen Platz in unserer Gesellschaft haben."





Erinnerung an Carl von Ossietzky: Denkmal in der Ossietzky-Str. in Berlin-Pankow. Foto: Wikipedialrichardfarbi

Der Historiker und RAG-Mitglied Holger Martens während seiner Rede im Carl-von-Ossietzky-Gymnasium Hamburg. Foto: Henry Martens

## Walter Pehle und die "Schwarze Reihe"



Sie fehlt in keiner Bibliothek zum Nationalsozialismus und so mancher Zeithistoriker bekommt einen seltsam verklärten Blick, wenn er stolz auf die "Schwarze Reihe" in seinem Bücherregal deutet. Der offizielle Titel dieser Serie von mehr als 200 Taschenbüchern lautet seit 1989 "Die Zeit des Nationalsozialismus". Sie wurde seit 1977 im S. Fischer Verlag von Walter Pehle herausgegeben und lektoriert, der im Februar 2011 in den Ruhestand gegangen ist. Die Reihe ist die weltweit umfangreichste zur Geschichte des Nationalsozialismus. Sie richtet sich mit Erlebnisberichten, Memoiren, wissenschaftlichen Monographien und Dokumentationen sowie Sammelbänden mit neuen Forschungsergebnissen an ein interessiertes Publikum, erreicht aber – und dies ist beab-

sichtigt – zuweilen weite Teile der Bevölkerung, so z.B. mit dem Begleitbuch zur amerikanischen Fernsehserie "Der Holocaust", die 1979 von der ARD ausgestrahlt wurde. Als einer der wichtigsten Beiträge zur Aufklärung über die Zeit des Nationalsozialismus wurde die Reihe vielfach ausgezeichnet. Eine der Sternstunden von Pehles Herausgebertätigkeit war 1989 die dreibändige Taschenbuchausgabe von Raul Hilbergs berühmtem Werk "Die Vernichtung der europäischen Juden".

Seither veröffentlichte Hilberg bis zu seinem Tod 2007 seine Werke in Deutschland nur noch bei Walter Pehle im S. Fischer Verlag. Volker Ulrich nannte die "Schwarze Reihe" in der ZEIT einen mächtigen "Sperrriegel gegen das Vergessen und Verdrängen".

# **Eberhard Diepgen wurde 70**

Am 13. November 2011 feierte Eberhard Diepgen seinen 70.Geburtstag. Von 1984 bis 1989 und von 1991 bis 2001 bekleidete er das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Seit 2007 ist er stellvertretender Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Zur Zeit setzt er sich gemeinsam mit Birgit Kipfer, Kosprecherin der RAG Baden-Württemberg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., dafür ein, dem DDR-Museum Pforzheim, das durch seine Lage in den alten Bundesländern einzigartig ist, eine langfristige Perspektive zu geben und im engen Zusammenspiel mit Sammler und Trägerverein sowie mit der Unterstützung der Stadt Pforzheim eine Stiftung zu gründen.



### Virtueller Informations- und Gedenkort

Seit dem 9. November ist www.gedenkort-T4.eu, die Informations- und Gedenkseite im Internet für die Opfer der NS-"Euthanasie", freigeschaltet. Neben historischen Fakten der NS-Mordaktion an Patienten mit geistiger Behinderung oder psychischen Erkrankungen enthält gedenkort-T4.eu auch als "Brücke in die Gegenwart" unter anderem Texte über den Stellenwert von Behinderung in der Gesellschaft von heute. Auf gedenkort-T4. eu sind u.a. 75 Biographien von bisher weitgehend unbekannten "Euthanasie"-Opfern zu lesen. Die Website gedenkort-T4.eu entstand im Rahmen eines einjährigen, EU-finanzierten Projektes des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Berlin, das von der Stiftung Parität und der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" kofinanziert wurde. Unterstützung kam auch von der Stiftung Topographie des Terrors und der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Nach dem Ende der EU-Finanzierung werden der Weiterbetrieb (Betreuung des Blog und des interaktiven Diskussionsforum) und die Weiterentwicklung (weitere Inhalte, mehr Sprachen, Gebärdensprachvideos) von gedenkort-T4.eu in den Jahren 2012 und danach über Spenden, Zuwendungen und Projektgelder finanziert.



Freigeschaltet: die Website www.gedenkort-T4.eu. Foto: Dennis Riffel

# Denkzeichen für Georg Elser in Berlin

Seit dem 8. November 2011 ist Berlin um ein Denkzeichen reicher. 72 Jahre nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller ist in Berlin-Mitte die Silhouette des Hitler-Attentäters Georg Elser in Form eines 17 Meter hohen Stahlmastes zu sehen, der nachts beleuchtet wird.

Eigentlich hatte der Initiator des Denkzeichens, Rolf Hochhuth, gehofft, schon zum 70. Jahrestag des Attentats die Einweihung feiern zu können. Doch erst im Januar 2010 schrieb der Berliner Senat einen europaweiten Kunstwettbewerb für ein Denkzeichen zu Ehren Georg Elsers aus. Im Oktober 2010 fiel dann die einstimmige Entscheidung für den nun realisierten Entwurf des Künstler Ulrich Klages. Der Standort des Denkzeichens ist mit Bedacht gewählt, es wurde in Höhe des ehemaligen Reichspropagandaministeriums an der Straßenecke Wilhelmstraße/ An der Kolonnade in der Nähe des Ortes, an dem die Reichskanzlei stand, aufgestellt.

"Gerade an der Stelle von Hitlers Reichskanzlei ist das Denkzeichen ein später Triumph des konsequenten Hitler-Gegners Elser, der am 8. November 1939 die gesamte NS-Führung töten wollte. Georg Elser ist auch heute noch eine Herausforderung, denn seine Tat zeigt, dass die Handlungsspielräume des Einzelnen in der NS-Zeit erheblich größer waren, als man es nach 1945 behauptete", sagte Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin und Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., der sich viele Jahre für das Denkzeichen zur Erinnerung an Georg Elser eingesetzt hat.



Seit dem 8. November in Berlin: Das Denkzeichen für Georg Elser. Foto: Dennis Riffel

### GESCHICHTS MESSE 2012

#### DIE ZUKUNFT DER AUFARBEITUNG

"Die Zukunft der Aufarbeitung – Demokratie und Diktatur in Deutschland und Europa nach 1945" 8. bis 10. März 2012 in Suhl (Thüringen)

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur lädt vom 8. bis 10. März 2012 zur fünften Geschichtsmesse zum Thema "Die Zukunft der Aufarbeitung – Demokratie und Diktatur in Deutschland und Europa nach 1945" ein. Veranstaltungsort ist das Ringberghotel in Suhl (Thüringen).

Neben einem umfangreichen Programm aus Podiumsdiskussionen, Vorträgen und Filmen bietet das dreitägige Forum Akteuren der historisch-politischen Bildung und anderen Interessierten auch in diesem Jahr die Möglichkeit, sich über Ausstellungen, Schulprojekte, Dokumentarfilme, Publikationen und Veranstaltungsvorhaben zur SED-Diktatur und Teilungsgeschichte zu informieren sowie eigene Projekte und Initiativen vorzustellen.

Nach den zahlreichen Veranstaltungen, Initiativen und Projekten, die zu den Jahrestagen der Friedlichen Revolution, Deutschen Einheit und des Mauerbaus entstanden sind, bietet das Tagungsprogramm die Gelegenheit, Diktaturaufarbeitung in Deutschland und Europa seit 1990 zu bilanzieren. Andererseits soll darüber diskutiert werden, vor welchen Herausforderungen die Vermittlung zeithistorischer Themen in der Einwanderungsgesellschaft steht und welche Methoden und Formen für die historischpolitische Bildungsarbeit zur Verfügung stehen, Themen der deutschen und europäischen Zeitgeschichte so zu gestalten, dass sie Interesse für die weitere Auseinandersetzung wecken und historische Kompetenzen fördern. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wird auf der Geschichtsmesse das Projekt "Praktische Geschichtsvermittlung in der Einwanderungsgesellschaft" vorstellen und auch mit einem Stand vertreten sein.

Alle Informationen zu Anmeldung, Programm, Projektvorstellungen und der Möglichkeit, die Veranstaltung im Rahmen einer Fortbildung zu besuchen, finden sich unter www.geschichtsmesse.de. Als Ansprechpartnerin steht Ihnen Elena Alzate telefonisch unter (030) 319 895 203 oder per E-Mail unter geschichtsmesse@stiftung-aufarbeitung.de gern zur Verfügung.

### **Der deutsche Patriot**

Helmut Lölhöffel

Niemand würde von dem unbedeutenden Justizinspektor Friedrich Kellner aus der abgelegenen oberhessischen Kleinstadt Laubach heute Notiz nehmen, wenn es nicht eine beachtliche Hinterlassenschaft aus seiner Feder gäbe: Stimmungsbilder aus der deutschen Provinz vom ersten bis zum letzten Tag des Zweiten Weltkriegs.

Dass dieses jahrelang in einem Geheimfach seines Wohnzimmerschranks versteckte Tagebuch erhalten blieb und nun gedruckt vorliegt, ist so außergewöhnlich wie der gesamte Inhalt. Kellners Aufzeichnungen beweisen, was manche immer noch bestreiten: Jeder zwischen 1939 und 1945 in Deutschland lebende Mensch konnte einigermaßen gut informiert sein, wie der Krieg wirklich verlief, wenn er nur genau hingeschaut hätte. Und niemand kann von den Verbrechen des Nazisystems einschließlich der Judenvernichtung "nichts gewusst" haben.

Kellners Tagebuch ist als zeithistorisches Dokument so bedeutsam, dass man es ohne weiteres mit Victor Klemperers "Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten" vergleichen kann. Gleich auf der ersten Seite unterstellt Kellner der Mehrheit seiner Landsleute "primitives Denken" und klagt Joseph Goebbels an: "Das ist dein Werk, Propagandaminister! Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne."

Über die Nazizeit, "die Zeit meiner tiefsten Erniedrigung als Mensch", hatte Kellner ein Buch geplant, das er "Aus einem Narrenhause" nennen wollte. Doch irgendwann verbrannte er alle Manuskripte und Unterlagen. Welch ein Glück, dass er sein Tagebuch nicht auch ins Feuer warf. Sonst wäre uns dieses großartige Zeugnis für unbeugsame Klarsichtigkeit und nonkonformistische Aufrichtigkeit eines einfachen Mannes entgangen.

#### Umgeben von bekennenden Nationalsozialisten

Der 1885 geborene Friedrich Kellner wuchs in Mainz auf, ließ sich als Gerichtsschreiber ausbilden, war im Ersten Weltkrieg Soldat und wurde 1920 Justizinspektor. Er trat in die SPD ein und warnte öffentlich vor Adolf Hitler und den Nazis. Anfang 1933 zog er mit Frau Pauline und Sohn Fritz nach Laubach. Dort war er Leiter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts und umgeben von bekennenden Nationalsozialisten. Mehr als 60 Prozent hatten in dem 1800-Einwohner-Städtchen 1932 für die NSDAP gestimmt, 18 Prozent für die SPD.

Kellner konnte nicht begreifen, warum die Deutschen sich hinter Hitler scharten ("der schrecklichste Mensch in der Geschichte Deutschlands" und "gewalttätigste Despot aller Zeiten"). Er verstand nicht, warum sich so viele Menschen und Regierungen außerhalb Deutschlands von Hitler vereinnahmen und einlullen ließen. "Ran an den Feind des Menschentums!" wünschte er

nach Beginn des Russland-Feldzugs 1941 von den Westmächten, deren Zögern er verwirrend fand.

Früh hatte Kellner sich "zu der Erkenntnis durchgerungen, dass dieses Regierungssystem von innen heraus überhaupt nicht zu beseitigen ist. … Hitler kann nur fallen durch einen verlorenen Krieg."

#### Manische Akribie

Obwohl er ein isolierter Einzelkämpfer blieb, geriet er mehrmals in Gefahr. Als vorgesetzte Justizbeamte ihn und seine Frau bedrängten, weil sie sich weigerten, in NS-Organisationen einzutreten, beschloss Friedrich Kellner, alle Ereignisse seines Umfelds zu dokumentieren. Mit manischer Akribie sezierte er die amtlichen Mitteilungen, die veröffentlichten Reden und die Wehrmachtsberichte in der Presse, analysierte er die Agitationsund Hetzkampagnen.

Mit Füllfederhalter schrieb er in Sütterlinschrift zehn Rechnungsbücher voll: 669 datierte Einträge auf 861 Seiten, dazu klebte er 760 Zeitungsausschnitte ein. Den "Sinn meiner Niederschrift" erläuterte er gleich zu Beginn: "damit eine spätere Zeit nicht in die Versuchung kommt, ein 'großes Geschehen' daraus zu konstruieren (eine 'heroische Zeit' od. dergl.)".

Sein Eintrag vom 8. Mai 1945, dem Tag der Befreiung, endet nüchtern: "Die vernünftigen und einsichtsvollen Deutschen, die zwölf Jahre lang dem nationalsozialistischen Terror aktiven und passiven Widerstand entgegensetzten, dürften Stolz und Genugtuung darüber empfinden, dass ihr Kampf kein vergeblicher gewesen ist."

#### Bestien der Besatzung

Die Entdeckung und die späte Publikation dieser Chronik sind einer Kette kaum glaublicher Zufälle zu verdanken. 1960 suchte Robert Scott Kellner, Soldat der US-Armee, erstmals seine Großeltern auf, zu denen der Kontakt wegen chaotischer Familienschicksale abgerissen war. 1968 gab der 83-jährige Friedrich Kellner dem damals 27-jährigen Enkel neun der zehn Tagebuchbände mit. Der erste war zu dieser Zeit verschwunden.

Erst 1981 kam Robert Scott Kellner dazu, die Veröffentlichung zu betreiben, die er sich zur Lebensaufgabe machte. Mehrere deutsche Verlage lehnten ab. 2005 gelang endlich ein Durchbruch: Zum 60. Jahrestag des Kriegsendes wurde das Kellner-Tagebuch in der George Bush Presidential Library in College Station (Texas) ausgestellt. Der Spiegel berichtete kurz darüber, es folgten Artikel im Gießener Anzeiger und in der Jerusalem Post. Aufmerksam geworden, nahm die Arbeitsstelle für Holocaustliteratur

der Justus-Liebig-Universität Gießen Kontakt zu Kellner jr. auf und regte eine Edition an.

In dieser Phase tauchte das verloren geglaubte erste Heft wieder auf, was die Gießener Forscher als "seltenen Glücksmoment für Editionsphilologen" empfanden. Mittlerweile drehte ein kanadisches Filmteam eine Dokumentation, die Friedrich-Ebert-Stiftung zeigte in Berlin und Bonn die so lange schlummernden Tagebücher Kellners, der nach 1945 wieder aktives SPD-Mitglied war.

Kellner war nicht Historiker, ein Schriftsteller war er auch nicht. Er erfasste die Gegenwart mit einer Methode, die er verfeinernd von Anfang bis Ende durchhielt. Er fing auf Bahnhöfen, in Geschäften, in Wartezimmern, im Gericht, in Nachbardörfern und anderswo Stimmen ein, die er sogleich festhielt. Quellen waren auch Soldaten auf Urlaub. Einer berichtete am 28. Oktober 1941, er habe in Polen gesehen, wie jüdische Männer und Frauen nackt vor eine Grube getrieben und auf Befehl der SS von hinten erschossen wurden. "Der Graben wurde dann zugeschaufelt. Aus den Gräben drangen oft noch Schreie!"

#### Der Realität erstaunlich nahe

Dieser Eintrag belegt, dass auch im Hinterland bekannt war, wie das Programm der Ausrottung der Juden ablief und wie bestialisch Deutsche in den besetzten Gebieten wüteten. Schon früh ahnte er: "Die Schandtaten werden niemals wieder ausgelöscht werden können."

Penibel wertete Friedrich Kellner das NSDAP-Hauptblatt Völkischer Beobachter, die Hessische Landeszeitung, die damals bedeutende Abendzeitung Hamburger Fremdenblatt sowie die Deutsche Justiz und die SS-Zeitschrift Das Schwarze Korps aus. Die ihm unglaubhaften Propagandameldungen, verschwiegene Tatsachen und Vergleiche verschiedener Aussagen setzte er an seinem Schreibtisch zu einem Gesamtbild über das Alltagsgeschehen in Deutschland wie über das weltweite Kriegsgeschehen zusammen, das der Realität erstaunlich nahe kam.

Das Hauptmotiv Friedrich Kellners war seine demokratische Grundüberzeugung: "Die Zivilisation hängt von der Achtung des Rechtes ab." Aus ihr bezog er die innere Stärke für seine Art des verzweifelten individuellen Widerstands. Er wusste: "Ein Volk, das seine Grundrechte aufgibt, ist ein Scheißhaufen." Er hatte das unstillbare Bedürfnis, das Geschehen aus seiner eingeengten Sicht für die Nachwelt zu archivieren, und die Absicht, heimlich Material für die Bestrafung von Tätern und ihren Gehilfen zu sammeln.

#### **Ein deutscher Patriot**

Die Herausgeber haben das Tagebuch mit textkritischen, literaturhistorischen, historiographischen und sprachwissenschaftlichen Anmerkungen angereichert. Einen mitreißenden Text hat Robert Kellner beigesteuert, der seinen Großvater als "einen der wahrhaftigsten deutschen Patrioten" verehrt.

Elf Tage vor dem Ende des Kriegs formulierte Friedrich Kellner sein Bekenntnis: "Unter Gerechtigkeit verstehe ich: Vergeltung und Bestrafung der Sünder. Der Nationalsozialismus muss mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden." Am 8. Mai 1945 mahnte er: "Wer gar dem nationalsozialistischen System stille Tränen nachweint oder den Versuch macht, in irgend einer Form den Nationalsozialismus wiederauferstehen zu lassen, der ist als irrsinniger Lump zu behandeln." Diese Erwartungen Kellners haben sich nicht so erfüllt, wie er hoffte. Mehr als 40 Jahre nach seinem Tod ist die NPD, die unsere Verfassung abschaffen will, nicht verboten.



#### Friedrich Kellner:

"Vernebelt, verdunkelt sind alle Hirne." Tagebücher 1939-1945 Herausgegeben von S. Feuchert, R. Kellner, E. Leibfried, J. Riecke, M. Roth. Wallstein Verlag, Göttingen 2011 2 Bände, 1200 Seiten ISBN: 978-3835306363 59,90 Euro.

Helmut Lölhöffel ist Koordinator von Stolpersteine-Projekten in Berlin und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Die Rezension erschien zuerst am 14. Juli 2011 in der Süddeutschen Zeitung unter der Rubrik "Das politische Buch". Wir danken dem Autor für die Zustimmung des Abdrucks.

# Buchempfehlungen

#### Zur Aktualität des Judentums

Hans Erler, Sohn des 1967 verstorbenen Fraktions- und stellvertretenden Parteivorsitzenden Fritz Erler, hatte 2007 in der SPD erfolgreich angeregt, das Judentum als die erste der geistigen Wurzeln der Sozialdemokratie in ihr neues Grundsatzprogramm aufzunehmen. Der von ihm herausgegebene Band "Zur Aktualität des Judentums" besteht aus Beiträgen zum Judentum in Deutschland aus den Jahren 1997 bis 2003, sowie aus Vorträgen, die Erler zwischen 2004-2010 hielt. Alle Texte verbindet das Interesse, den politischen Gehalt jüdischen Denkens herauszustellen. Das Judentum erscheint bei Erler als eine ganz und gar gegenwärtige autoritäts-, herrschafts- und gewaltkritische Antwort auf die verbrecherischen Irrwege der Geschichte. Der Band zeigt, dass die Aktualität des Judentums darin besteht, dass sein Denken kein Tabu gelten lässt und gerade damit zur Umkehrung des Blicks weg von der Anerkennung jeden irrationalen Geltungs- und Herrschaftsanspruchs führt. Diese Umkehrung des Blicks verdichtet sich in einem Begriff: Ungehorsam. Er erweist sich als der politische Schlüsselbegriff zu einer dem Menschen angemessenen Welt des Dialogs im Privaten und Gesellschaftlichen, der Wirtschaft und der Politik.



Hans Erler: Zur Aktualität des Judentums Vorträge 1997 bis 2010 Königshausen & Neumann, Würzburg 2011. ISBN 978-3-8260-4633-9 269 Seiten 29,80 Euro.

#### Die Toten habe ich nicht befragt

David P. Boder, amerikanischer Psychologe litauischer Herkunft, reiste im Sommer und Herbst 1946 durch Europa, um Überlebende der deutschen Vernichtungspolitik zu befragen. Ausgestattet mit einem Drahttonaufnahmegerät der Marke Pierce, besuchte Boder sechzehn Sammellager in Frankreich, Italien, Deutschland und der Schweiz. Siebzig Menschen ließ er in hundertdreißig Gesprächen zu Wort kommen, deren noch frische Erinnerungen und Emotionen so in ihren eigenen Stimmen präzise aufgezeichnet werden konnten. Fünfundsechzig Jahre später liegen acht Interviews, von denen fünf im Original auf Deutsch aufgezeichnet worden waren, nun in einer deutschen Erstausgabe vor. Es ist eine irritierende, gewaltsam gebrochene Sprache, die man hier zu lesen bekommt – die Berichte klingen wie übermittelt aus einer sprachlichen Transitzone, die noch diesseits aller öffentlichen Zurichtung liegt. Boder war sich der Einzigartigkeit des historischen Augenblicks durchaus bewusst. Von Lager zu Lager reisend, beschränkte er seinen Aufenthalt pro Ort auf höchstens zwei Tage, weil die Geschichten danach, wie er schrieb, "anfingen, Anzeichen von Vorbereitung zu zeigen".



David P. Boder: Die Toten habe ich nicht befragt Universitätsverlag Winter, Heidelberg 2011 ISBN: 978-3-8253-5920-1 368 Seiten 25 Euro

#### Politische Verfolgung in Brandenburg 1949 bis 1953

Die Errichtung des stalinistischen Regimes in der SBZ/DDR war von ideologisch motivierten Verfolgungswellen begleitet. Bedrängt wurden alle politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen, die der Durchsetzung des kommunistischen Monopolanspruchs im Wege standen. Ingrid Jander untersucht in ihrer als Promotion eingereichten Monographie "Politische Verfolgung in Brandenburg 1949 bis 1953" die Phasen jener Frühgeschichte der DDR, in denen einzelne Gruppen, speziell Christdemokraten, Großgrundbesitzer und Kirchenmitglieder, verstärkter Verfolgung durch das Regime ausgesetzt waren. Dabei analysiert Jander auf Grundlage bisher unveröffentlichten Quellenmaterials am Beispiel des Landes Brandenburgs die frühe Phase des SED-Regimes und deren von Zwang, Terror, Verführung und Verlockung gekennzeichneten Politik.



Ingrid Jander:
Politische Verfolgung in
Brandenburg 1949 bis 1953
Der Kampf gegen Ost-CDU,
Bauern und Kirchen im
Spiegel der Akten von SED
und Staatssicherheit
Droste Verlag, Düsseldorf 2012
ISBN: 978-3-7700-1910-6
628 Seiten
49 Euro

Leider ist uns in der letzten Ausgabe unserer Mitgliederzeitschrift in der Rezension von Herrn Lüder "Vergangenes im Heute finden" auf S. 40 ein Fehler unterlaufen. Die Angabe des Titels sowie das Foto des Covers passten nicht zur abgedruckten Rezension. Der richtige Titel lautet wie folgt:



Vilibald P. Barl:
PastFinder Berlin
Düsseldorf 2011, 280 Seiten
PastFinder Verlag
ISBN 978-988-9978-80-8
14,90 Euro



#### **BEITRITTSERKLÄRUNG**

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Stauffenbergstr. 13-14, 10785 Berlin. (Tel. 030-2639783, Fax. 030-26397840)

Ich bin einverstanden, dass

meine Mitgliedschaft vom Vorstand bestätigt werden muss, meine Daten vereinsintern gespeichert und verwendet werden dürfen. Ich habe die anhängende Einzugsermächtigung über den Jahresbeitrag von € 80,- (ermäßigt € 30,-) unterzeichnet. oder Meinen Jahresbeitrag € 80,00 (ermäßigt € 30,00) habe ich überwiesen. Darüber hinaus habe ich eine Spende in Höhe von € \_\_\_\_\_ überwiesen. Name: \_\_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_ Straße: PLZ, Ort: Geburtsdatum: email: Telefon (p.): \_\_\_\_\_ Fax : \_\_\_\_\_ Beruf / Funktion: Telefon (d.): \_\_\_\_\_ Fax: \_\_\_\_\_ Verein / Verband etc.: Ich bin an folgenden Arbeitsbereichen / Themen interessiert: Ort, Datum, Unterschrift: Einzugsermächtigung Hiermit ermächtige(n) ich (wir) Sie widerruflich, die von mir/uns zu entrichtenden Zahlungen der Mitgliedsbeiträge für den Verein "Gegen Vergessen – Für Demokratie" e.V. zu Lasten des Kontos Nr.: \_\_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_ bei (genaue Bezeichnung der Bank) : \_\_\_\_\_\_ Konto-Inhaber(in):

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden

Seite

mittels Lastschrift einzuziehen.

Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum, Unterschrift:

# Veranstaltungen

26. Februar 2012	Die historische Figur Rommels und seine Wirkungsgeschichte bis zur Gegenwart, 19.30 Uhr im Foyer des Theaters Ulm, Eine Veranstaltung der RAG Baden-Württemberg.
29. Februar 2012	Yad Vashem Lectures: Der Holocaust und wir – neue Formen der Erinnerung 10.30 Uhr bis 16.00 Uhr, Geschichtsort Villa ten Hompel Münster. Eine Veranstaltung der RAG Westfalen / Münsterland in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Münster, des Evangelischen Forums Münster, der Villa ten Hompel der Stadt Münster und der Bezirksregierung Münster.
6. März 2012	Aus erster Hand – Erlebtes und Erforschtes – Joachim Gauck, 19.30 Uhr Katholische Akademie Freiburg. Eine Veranstaltung der Sektion Südbaden und der Katholischen Akademie Freiburg.
8. März 2012	Nachbarn von nebenan – verschollen in Riga 19.00 Uhr Pius-Gymnasium, Coesfeld. Vortrag mit Bildern von Winfried Nachtweianlässlich der 70. Jahrestage der Deportationen nach Riga.
810. März 2012	Präsentation des Projekts "Praktische Geschichtsvermittlung in der Einwanderungsgesellschaft" von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und des Schulprojekts DDR-Geschichte der RAG Sachsen-Anhalt auf der Geschichtsmesse der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Suhl.
1011. März 2012	Historisch-politische Studienreise nach Berlin. Eine Veranstaltung der RAG Oldenburg-Ostfriesland.
11. März 2012	Anna-Seghers-Lesung mit der Schauspielerin Carmen-Renate Köper. Eine Veranstaltung der Sektion Südhessen in Kooperation mit der Stadt Mörfelden-Walldorf.
	Rommel der Wüstenfuchs, Filmvorführung. Mit einer Einführung von Prof. Dr. Paula Lutum-Lenger in Ulm. Eine Veranstaltung der RAG Baden-Württemberg.
13. März 2012	Vortrag in Karlsruhe mit Bildern von Winfried Nachtwei MdB a.D., Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., anlässlich der 70. Jahrestage der Deportationen nach Riga, veranstaltet von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.
20. März 2012	Eröffnung der Ausstellung "Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen" 14.30 Uhr, Aula der Karl-Kessler-Realschule. Die Ausstellung wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengestellt. Die Einführungsrede zu der zusammen mit der Kessler-Realschule, der Stadt Aalen und der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten Ausstellung wird Dr. Alfred Geisel, Sprecher der RAG Baden-Württemberg, halten.
15. April 2012	Ausschnitte aus dem Video der Shoah Foundation mit Morris Peleman und eine Lesung des Schriftstellers Steven Peleman,17.00 Uhr Rathaus von Gäufelden-Tailfingen. Eine Veranstaltung der Gedenkstätte des KZ-Außenlagers Hailfingen/Tailfingen in Zusammenarbeit mit der Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen.

In diesem Jahr ist Joachim Gauck als Buchautor sehr stark nachgefragt. Termine zu Lesungen auch in Ihrer Region finden Sie im Internet auf der Seite: http://www.randomhouse.de/siedler/

### Vorstand

Vorsitzender Dr. h.c. Joachim Gauck

stellv. Vorsitzende Eberhard Diepgen Prof. Dr. Bernd Faulenbach Cornelia Schmalz-Jacobsen

Schatzmeister Bernd Goldmann

Schriftführer Dr. Ulrich Mählert

Dieter Althaus Dr. Andreas H. Apelt Erik Bettermann Prof. Dr. Friedhelm Boll Wolfgang Bosbach MdB Tilo Braune

Dr. Jürgen Burckhardt Ekin Deligöz MdB

Ralf Fücks

Prof. Dr. Hansjörg Geiger Dr. Alfred Geisel

Kerstin Griese MdB Dr. Norbert Haase Dr. Werner Jung

Prof. Dr. Alfons Kenkmann

Prof. Dr. Volkhard Knigge Dr. h.c. Charlotte Knobloch Hannelore Kohl (Greifswald)

Dr. Anja Kruke Uta Leichsenring Karl-Heinz Lindner Wolfgang Lüder

Wolfgang von Malsen-Tilborch

Winfried Nachtwei
Prof. Dr. Kurt Nemitz
Dr. Maria Nooke
Prof. Dr. Friedbert Pflüger
Dr. habil. Ernst Piper
Ulrike Poppe

Prof. Dr. Günther Rüther Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur

Renate Schmidt Dieter Schulte Dr. Max Stadler MdB Lala Süsskind Lothar Tautz Linda Teuteberg MdL

Linda Teuteberg MdL Prof. Dr. h.c. Josef Thesing Prof. Dr. Johannes Tuchel Ernst Jürgen Walberg

Ehemalige Vorsitzende

Dr. Hans-Jochen Vogel (1993-2000) Dr. h.c. Hans Koschnick (2000-2003)

### **Beirat**

Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süssmuth

*stellv. Vorsitzender* Prof. Dr. Richard Schröder

Prof. Dr. Hubert Burda Rainer Braam Dr. Thomas Goppel Prof. Dr. Berthold Leibinger Dr. h.c. Max Mannheimer Friedrich Schorlemmer Walther Seinsch Barbara Stamm MdL Dr. h.c. Erwin Teufel Dr. Monika Wulf-Mathies

#### Geschäftsführer

Dr. Michael Parak

#### **Impressum**

Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Redaktion: Dr. Dennis Riffel, Liane Czeremin, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)

Fotonachweis: Conny Baeyer, Martin Bruch, Liane Czeremin, Fotodesign Schöning, Stefan Gelberg, R. Grimm, Tobias Haider, Uli Mählert, Henry Martens, Möhlenkamp & Schuldt, Dennis Riffel, richardfarbi, Wolfgang Sachse, Büro Schaal, Staatsarchiv Bremen, Stiftung Gedenkstätte Esterwegen, Uwe Thiemann, Marlies Ziegenhagen, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

#### Augsburg – Schwaben

Sprecher: Erich Sandner Blaichacher Str. 8 86199 Augsburg Tel./Fax: 08 21 – 9 29 33

#### Baden-Württemberg

Sprecher: Dr. Alfred Geisel Eduard-Steinle-Straße 23 70619 Stuttgart Tel.: 07 11–47 83 26 alfredgeisel@gmx.de

#### Sektion Böblingen-Herrenberg-Tübingen

Koordinatorin:
Birgit Kipfer
Krebsbachstr. 34
71116 Gärtringen-Rohrau
Tel.: 0 70 34 – 92 96 83
Fax: 0 70 34–92 96 85
kipfer.rohrau@t-online.de

#### **Sektion Nordbaden**

Koordinatorin: Dr. Andrea Hoffend Herweghstr. 32 76187 Karlsruhe Tel.: 01 60 – 97 05 75 23 andrea.hoffend@t-online.de

#### Sektion Südbaden

Koordinator: Wolfgang Dästner Bleichestr. 11 79102 Freiburg Tel.: 07 61 – 3 53 99 wdaestner@gmx.de

#### Berlin-Brandenburg

Sprecher: Dr. Benno Fischer Bismarckstraße 99 10625 Berlin Tel./Fax: 0 30 – 3 24 22 78 benno-fischer@t-online.de

#### Hamburg

Sprecher: Hans-Peter Strenge Baron-Voght-Str. 89 G 22609 Hamburg Tel. 0 40 – 82 16 35 h.p.strenge@gmx.de

#### Hannover

Sprecher: Prof. Dr. Joachim Perels, Albrecht Pohle Sprecher: Wilfried Wiedemann Wallstr. 6 31582 Nienburg Tel. 0 50 21 – 54 27 wiedemann.nienburg@web.de

#### Ingolstadt

Sprecherin: Monika Müller-Braun Gratzerstr. 47 85055 Ingolstadt Tel./Fax: 08 41 – 92 08 41

#### Mecklenburg-Vorpommern

Sprecher:
Prof. Dr. Matthias Pfüller
Jungfernstieg 8
19053 Schwerin
Tel. 03 85 – 79 68 31
Fax: 03 85 – 7 58 73 13
pfueller@hs-mittweida.de

#### Mittelhessen

Sprecherin: Monika Graulich Anneröder Weg 56 35394 Gießen Tel./Fax: 06 41 – 4 57 38 mgraulich@t-online.de

#### Mittelrhein

Sprecherin: Dr. Ursula Bitzegeio Im Krausfeld 14 53111 Bonn Tel.: 02 28 – 26 14 29 ursula.bitzegeio@fes.de

#### München

Sprecherin: Ilse Macek c/o Münchner Volkshochschule Troppauerstr. 10 80937 München Tel.: 0 89 – 31 81 15 13 Fax: 0 89 – 31 81 15 25 rag-muenchen@gegen-

# vergessen.de Niederrhein

Sprecher: Ferdinand Hoeren c/o Theo-Hespers-Stiftung e.V. Bismarckstr. 97 41061 Mönchengladbach Tel./Fax: 0 21 61 – 20 92 13

#### Nordhessen-Südniedersachsen

Sprecher: Ernst Klein Benfelder Str. 21 34471 Volkmarsen Tel.: 0 56 93 – 9 91-49 90 Fax: 0 56 93 – 9 91-49 91 ernstwklein@web.de

#### Nordostbayern

Sprecher:
Dr. Alexander Schmidt
Goldweiherstr. 16
90480 Nürnberg
Dr. Jörg Skriebeleit
c/o: KZ-Gedenkstätte
Flossenbürg
Gedächtnisallee 5-7
92696 Flossenbürg
Tel.: 0 96 03 – 90 39 00
Fax: 0 96 03 – 9 03 90 99
information@gedenkstaette-flossenbuerg.de

#### Oldenburg-Ostfriesland

Sprecher: Werner Vahlenkamp Westeresch 2 26125 Oldenburg Tel.: 04 41 – 3 68 52 karin.vahlenkamp@t-online.de

#### Östliches Ruhrgebiet

Sprecher: Hans G. Glasner Häuskenweg 4 44267 Dortmund Tel.: 02 31 – 46 16 66 hgglasner@t-online.de

#### Rhein-Main

Sprecher:
Andreas Dickerboom
Kreutzerstr. 5
60318 Frankfurt a.M.
Tel.: 0 69 – 59 67 36 87
rhein-main@gegenvergessen.de
Koordinatorin für RheinlandPfalz:
Geesche Hönscheid
Südring 98
55128 Mainz
Tel.: 0 61 31 – 63 28 48
Fax: 0 61 31 – 9 72 86 01
g.hoenscheid@t-online.de

#### Sektion Südhessen

Koordinator: Klaus Müller Gundhofstr. 22 64546 Mörfelden-Walldorf Tel.: 0 61 05 – 94 62 50 Fax: 0 61 05 – 94 62 52 klausmueller-walldorf@tonline.de

#### **Rhein-Ruhr West**

Sprecher: Dr. Günther Neumann Haroldstr. 45 47057 Duisburg Tel.: 02 03 – 66 20 90

#### Saar-Pfalz-Hunsrück

Sprecher: Armin Lang c/o: Adolf-Bender-Zentrum e.V. Gymnasialstraße 5 66606 St. Wendel Tel.: 0 68 51 – 80 82 790 Funk: 0171 – 520 26 76 Fax: 0 68 51 – 80 82 799 mail@armin-lang.de

#### Sachsen

Sprecher: Dr. Christoph Meyer c/o Herbert-Wehner-Bildungswerk Kamenzer Str. 12 01099 Dresden Tel.: 03 51 – 8 04 02 20 meyer@wehnerwerk.de

#### Sachsen-Anhalt

Sprecher: Lothar Tautz Kantorstraße 4 06577 Heldrungen Tel.: 03 46 73 – 79 97 34 Funk: 0175 – 592 55 46 Fax: 03 46 73 – 79 97 35 info@lothartautz.de

#### Schleswig-Holstein

Sprecher: Rolf Fliegner Albert-Schweitzer-Str. 19 A 23879 Mölln Tel.: 0 45 42 – 8 79 68 cundrflmoe@web.de

#### Thüringen

Sprecherin: Kati Bothe Am Petersberg 2 99734 Nordhausen Tel.: 01 74 – 2 09 43 53 Fax: 0 36 31 – 47 68 23 koordinierung.lap-ndh @web.de

#### **Unterweser-Bremen**

Sprecher: Reinhard Egge Grüne Str. 29 A 27721 Ritterhude Tel.: 0 42 92 – 40 90 56 Fax: 0 42 92 – 40 90 57 Sprecher: Konrad Kunick Günther-Hafemann-Str. 28 28327 Bremen

#### Westfalen

Sprecher: Horst Wiechers Nordstr. 13 48149 Münster Tel.: 02 51 – 1 62 71 15 WiechersH@stadt-muenster.de

#### **Sektion Bielefeld**

Koordinator: Hans-Georg Pütz Am Spielplatz 2 32130 Enger Tel.: 0 52 24 – 98 67 05 hans-georg.puetz@unibielefeld.de

#### Würzburg-Unterfranken

Sprecher: Gerhart Gradenegger Bohlleitenweg 1 97082 Würzburg Tel.: 09 31 – 41 37 31 gradenegger@t-online.de

# Wenn Sie wissen möchten, wie gute Online-Kommunikation wirklich funktioniert:

klicken Sie hier!



www.together-concept.de